

caritas



Deutscher  
Caritasverband e.V.

Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft

Postfach 4 20, 79004 Freiburg  
Karlstraße 40, 79104 Freiburg  
Telefon-Zentrale 0761 200-0

Ihr Ansprechpartner  
Dr. Thomas Becker  
Telefon-Durchwahl 0761 200-245  
Email: [thomas.becker@caritas.de](mailto:thomas.becker@caritas.de)  
[www.caritas.de](http://www.caritas.de)

Datum 19.10.2017

**Hintergrundpapier**  
der Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft  
der Delegiertenversammlung  
des Deutschen Caritasverbandes

**Gesellschaftlichen Zusammenhalt**  
**in Deutschland erhalten und fördern**

Herausgegeben von

**Deutscher Caritasverband e.V.**

Thomas Domnick – Vorsitzender der Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	2
<b>1. Diagnose</b> .....	3
<b>2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt</b> .....	4
<b>2.1 Teilhabe als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt</b> .....	4
<b>2.2 Grundgesetz als Rahmen erfolgreicher Integration: Freiheit und Pluralität</b> .....	5
<b>2.3 Vision einer Gesellschaft in Solidarität und kultureller Verschiedenheit</b> .....	6
<b>3. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland und seine Bewährungs-felder</b> .....	7
<b>3.1 Sozialer Ausgleich</b> .....	7
<b>3.2 Öffentliche Debatte</b> .....	10
<b>3.3 Freiwilliges Engagement</b> .....	12
<b>3.4 Bildung</b> .....	15
<b>3.5 Gute Arbeit</b> .....	17
<b>3.6 Wohnen</b> .....	20
<b>3.7 Wanderung in und nach Europa</b> .....	24
<b>4. Fazit</b> .....	26

### **Einführung**

Wir erleben - in Deutschland wie in anderen Ländern und Erdteilen - eine Epoche der Unübersichtlichkeit und der Unsicherheit. Die Globalisierung und die durch die Digitalisierung vorangetriebene offene Kommunikation haben zu Entgrenzungen geführt. Menschen suchen nach neuen räumlichen Bezügen und räumlichem Halt. Zugleich verlaufen viele Entwicklungen in einem ungeheuren Tempo, so dass heute getroffene Entscheidungen morgen wieder revidiert werden müssen. Und schließlich stehen tradierte Wertorientierungen und Verhaltensmuster unter Druck. Neue Sichtweisen entstehen und müssen verarbeitet werden. Durch die Kombination dieser grundlegenden Veränderungen ergeben sich große Herausforderungen sowohl für die Einzelnen als auch für die Gesellschaften, Staaten, Unternehmen, für die Religionsgemeinschaften und deren Wohlfahrtsarbeit.

Auch der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft: der Rückgang der Geburtenzahlen, die höhere Lebenserwartung sowie Zuwanderung führen dazu, dass die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten weniger, älter und vielfältiger geworden ist und weiter wird. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden in sehr vielen Lebensbereichen unserer Gesellschaft spürbar sein. So stellen der rückläufige Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter sowie die zunehmende Vielfalt unserer Bevölkerung unsere Wirtschaft, den Bildungsbereich, den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen.

Mit dem vorliegenden Papier möchte die Kommission „Sozialpolitik und Gesellschaft“ der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes die Bedingungsfaktoren eines gelingenden Zusammenlebens vor dem Hintergrund demografischer und gesellschaftlicher Veränderungen diskutieren. Der Caritas geht es im Kern darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt neu zu bedenken und zu fördern, es geht angesichts vieler Ungewissheiten um die Schaffung von Orientierung und Sicherheit. Dabei soll der Fokus auf das Zusammenleben in Deutschland gelegt werden: Wie kann gesellschaftlicher Zusammenhalt vor dem Hintergrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels in Deutschland gelingen? Welche Stellschrauben können wir heute schon verändern, um unser Zusammenleben in zukünftigen Lebenswelten positiv zu beeinflussen?

## **1. Diagnose**

Viele Menschen in der heutigen Gesellschaft sind verunsichert und suchen nach Orientierung. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und individuell unterschiedlich. Ein Faktor kann sein, dass es für viele schwieriger wird, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Verursacht durch Makrotendenzen wie Entgrenzung, Beschleunigung, Globalisierung, Migration etc. fehlen stabile Bezugsrahmen. Dadurch entstehen Suchbewegungen, d.h. die Menschen versuchen, ihre eigene Position neu zu finden bzw. zu sichern. Verunsicherung und Frustrationserfahrungen können sich in unterschiedlicher Weise äußern und schlagen sich auch in der Zunahme populistischer Strömungen nieder. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren, muss darauf reagiert werden. Hier ist die Politik gefordert, aber auch die Zivilgesellschaft und die Kirchen. Alle Menschen sollen ihre Vorstellungen eines gelungenen Lebens weitestgehend selbstbestimmt umsetzen können. Dazu bedarf es eines klar definierten Rahmens, damit allen in fairer Weise diese Möglichkeit gegeben wird. In den damit verbundenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen kann in der Bevölkerung die Überzeugung wachsen, dass Gesellschaft nicht statisch ist, sondern Änderungen dazugehören und notwendig sind, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erhalten und zu fördern.

Eine gegenwärtige Herausforderung pluraler Gesellschaften ist die zunehmend offene und populistische Problematisierung der bisher mehr oder weniger selbstverständlich eingespielten Praxis der Toleranz und Demokratie. Dies geschieht auf zweierlei Weise: Auf der einen Seite erzeugt die gewachsene Pluralität und Heterogenität von religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sowie von Lebensentwürfen den Bedarf nach einer Ausweitung des Bereichs dessen, was respektiert bzw. toleriert wird. Dies scheint heute viele Bürgerinnen und Bürger zu überfordern. Nicht alle sind beispielsweise bereit, Musliminnen und Muslimen das gleiche Recht auf Religionsfreiheit einzuräumen, obwohl das Recht auf Religionsfreiheit eindeutig im Grundgesetz steht. Auf der anderen Seite wird oft übersehen, dass der Religions- oder auch der Meinungsfreiheit berechnete Grenzen gesetzt sind, etwa wenn Menschen unter Verweis auf religiöse oder weltanschauliche Positionen Grundrechte Anderer verletzen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist auch dann gefährdet, wenn Teile der Bevölkerung nicht oder nur unzureichend integriert sind oder die Dynamik von Änderungsprozessen nicht schnell genug in entsprechende Anpassungsprozesse in und zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen umgesetzt werden kann. Doch was sind Indizien für eine potentielle Gefährdung des Zusammenhalts einer Gesellschaft? Hier sind zum einen objektive Kriterien zu nennen, wie zum Beispiel sinkende soziale Mobilität, zunehmende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zunehmende Segregation in den Bereichen Wohnen, Bildung und Ar-

beitsmarkt, sinkende Wahlbeteiligung und Steuermoral und nicht zuletzt die Zunahme populistischer Tendenzen und des Alltagsrassismus. Noch wichtiger sind jedoch vielleicht die subjektiven Indikatoren, die anhand der Einstellungen und Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger Anzeichen für eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts liefern. Beispiele für subjektive Indikatoren wären ein individuelles Empfinden zunehmender Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft, Abstiegsängste der Mittelschicht, Verbindlichkeitsverlust traditioneller Werte und Bezugsrahmen, zunehmender Individualismus sowie eine sinkende Akzeptanz von Vielfalt in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen.<sup>i</sup> Tatsächlich hat sich die Zahl der Personen, die Ungerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft empfindet, erhöht.<sup>ii</sup> Daher ist es wichtig, diese ernst zu nehmen und eine offene Kommunikation zu diesen Themen zu fördern.

## **2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Um sich der Frage zu nähern, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Veränderungen gesichert bzw. gestärkt werden kann, muss zunächst der Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt als solchen gerichtet werden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht durch die Lebenspraxis der Menschen. Er ist somit keine festhaltbare Tatsache und kein zu erreichendes Endziel, sondern ein politisch-sozialer Prozess.<sup>iii</sup> Wichtig ist, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe auf möglichst vielen Ebenen ermöglicht wird, denn mangelnde gesellschaftliche Teilhabe führt zu sozialer Ungleichheit. Dies wird über eine gelungene Integration erreicht.

### **2.1 Teilhabe als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Die Sicherung der Teilhabe innerhalb einer Gesellschaft als Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt kann anhand von vier Dimensionen von Integration beschrieben werden: strukturelle (Platzierung am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, im System der sozialen Sicherung, am Wohnungsmarkt, etc.), kulturelle (Kulturation, also Sprache, kulturelle Werte, Normen, etc.), soziale (Interaktion, d.h. Aufbau von Freundschaften, Partnerschaften, Vereinsmitgliedschaften, etc.) und identifikative Integration (Zugehörigkeitsgefühl zur (Aufnahme-) Gesellschaft). Diese Dimensionen stehen in wechselseitigen Kausalbeziehungen zueinander und haben zum Ziel, jedem Individuum volle gesellschaftliche Mitgliedschaft zukommen zu lassen. Neben der Integration von Einzelnen und sozialer Gruppen geht es um das Zusammenwirken der einzelnen Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Recht, Bildung, Medien und Kultur) mit dem Ziel, größtmögliche Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft als kollektive Einheit zu erreichen.<sup>iv</sup>

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist also ein mehrdimensionales Konzept und beschreibt den Zustand eines Gemeinwesens. Die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts kann anhand von drei Bereichen analysiert werden.<sup>v</sup> Zum einen anhand von belastbaren sozialen Beziehungen, also einem Zusammenhalt durch soziale Netze, die von Vertrauen geprägt sind und Diversität zulassen. Zum anderen zeigt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Verbundenheit und Identifikation der Menschen mit dem Gemeinwesen und in dem Empfinden, dass die gesellschaftlichen Umstände gerecht sind. Nicht zuletzt drückt sich die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenhalts anhand einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung aus, die Zu-

sammenhalt durch gelebte Solidarität und Hilfsbereitschaft der Mitmenschen sowie durch die Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe anzeigt.

Freiwilliges Engagement ist eine Möglichkeit, soziale Beziehungen aufzubauen und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten.<sup>vi</sup> Zudem vermehrt und erleichtert es Zugänge zu sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen und verbessert so die Chancen für die Umsetzung des Rechts auf selbstbestimmte Teilhabe. Die daraus erwachsende Gemeinwohlorientierung erzeugt Zusammenhalt durch gelebte Solidarität und Hilfsbereitschaft. Solidaritätsbereitschaft wiederum ergibt sich aus der Erkenntnis, dass zur Sicherung des sozialen Friedens ein gewisses Maß an Umverteilung notwendig ist, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Kann soziale Gerechtigkeit nicht gewährleistet werden, dann fehlt auch das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen und damit die Bereitschaft, sich durch solidarisches Handeln für das Gemeinwohl aller einzusetzen.<sup>vii</sup>

All dies bedingt eine grundlegende interkulturelle Öffnung unserer Gesellschaft und ihrer Teilbereiche, um Teilhabe aller – bereits in Deutschland beheimateter und neu zu uns gekommener Menschen – bewerkstelligen zu können. Kultur definiert sich nicht nur durch Herkunft oder Religionszugehörigkeit, sondern auch durch Alter, Sprache, Bildung, Schichtzugehörigkeit, individuelle Lebensweise etc. Das Konzept der interkulturellen Öffnung bezieht sich somit nicht nur auf Menschen mit Migrationshintergrund<sup>viii</sup>, sondern auf all diejenigen, denen eine befriedigende Teilhabe in unserer Gesellschaft bislang verwehrt bzw. eingeschränkt wurde. Es zielt auf unterschiedliche Aspekte sozialer Gerechtigkeit wie Zugangs-, Bedürfnis- und Chancengerechtigkeit ab.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahren und fördern bedeutet also, allen Menschen in einer Gesellschaft in ihrer Unterschiedlichkeit umfassende Teilhabe in den einzelnen Systemen der Gesellschaft zu ermöglichen und diese Teilsysteme wiederum effektiv miteinander zu verknüpfen und aufeinander abzustimmen. All dies erfolgt in einem klar definierten Rahmen, der in Deutschland durch das Grundgesetz gebildet wird.

## **2.2 Grundgesetz als Rahmen erfolgreicher Integration: Freiheit und Pluralität**

Weder empirisch noch normativ ist für gesellschaftlichen Zusammenhalt eine möglichst umfassende Homogenität von Wertvorstellungen notwendig. Wird dies entgegen der faktisch bestehenden Vielfalt postuliert, kann dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Der Begriff der Werte ist sehr vieldeutig: von Grundrechten und der Verfasstheit als demokratischer Rechtsstaat, wie sie das Grundgesetz zum Ausdruck bringt, über Werte, die von Religionen in unterschiedlicher Weise postuliert werden, bis hin zu materiellen Werten, individuellen Lebenszielen oder unterschiedlichem ästhetischem Geschmack. Werte sind häufig sehr subjektiv und partikular. Werden sie trotzdem pauschal zur Voraussetzung von Zugehörigkeit und Beteiligung erhoben, führen sie zur Ausgrenzung derer, die diese Werte nicht oder vermeintlich nicht teilen. Der wichtigste Integrationsfaktor heutiger Gesellschaften ist neben der ökonomischen Arbeitsteilung, die durch wechselseitige Abhängigkeiten den Zusammenhalt stabilisiert, das Recht. Es beinhaltet Normen, Regelungen und Verfahren, die es möglich machen, dass größtmögliche individuelle Freiheit der Einen neben der größtmöglichen individuellen Freiheit der Anderen friedlich koexistieren und gerade so die Würde der Einzelnen geschützt wird. Pluralistische Ge-

sellschaften organisieren ihren Zusammenhalt in erster Linie über rechtlich regulierte wechselseitige Toleranz des Andersseins auf der Basis eines liberalen Wertesystems.

Grundlage eines solchen Rechtssystems, das die Würde der Menschen und ihre Freiheitsrechte schützt, ist in Deutschland das Grundgesetz. Indem es einen Katalog von Freiheitsrechten (v.a. Art. 1-19), politischen Beteiligungsrechten und sozialen Grundrechten (Art. 20-21 u.a.) enthält, ermöglicht es die individuell unterschiedlichen Lebensprojekte in ihrer Freiheit, gewährleistet aber zugleich, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich an den diese Gesellschaft regulierenden politischen Prozessen in fairer Weise beteiligen können und die materiellen Voraussetzungen dafür zur Verfügung haben, diese Rechte auch wahrzunehmen. Insofern das Grundgesetz also solche wichtigen Rechte schützt, kann man von den Werten des Grundgesetzes sprechen. Sie sind damit auch Grundlage für demokratisches Handeln.

Das Grundgesetz und seine Werte sind die Grundlage des deutschen Staates und bilden den Rahmen für das einfache Recht und für die Regeln des Zusammenlebens, während partikulare Werte der Bürgerinnen und Bürger zu den individuellen Vorstellungen des „Gelungenen Lebens“ gehören, auf die man die jeweils anderen um deren Freiheit willen nicht verpflichten darf, wenn sie sie nicht teilen. Beispielsweise ist das allgemeine und gleiche Recht auf Religions- und Bekenntnisfreiheit für alle gleich gültig, während die von den verschiedenen Religionen transportierten unterschiedlichen Wertvorstellungen zu den Fragen des „Gelungenen Lebens“ gehören und somit nur die Angehörigen dieser Gemeinschaften binden. Bezogen auf die Frage des Zusammenhalts einer Gesellschaft ist entsprechend möglichst weitgehende Unterstützung der Verfassung und des geltenden Rechts bei gleichzeitig größtmöglicher Toleranz gegenüber unterschiedlichen Vorstellungen von einem „Gelungenen Leben“ zu fordern.

### **2.3 Vision einer Gesellschaft in Solidarität und kultureller Verschiedenheit**

Das Grundgesetz ist die Wertebasis und ermöglicht durch seine Freiheitsgarantien Zusammenleben in Verschiedenheit und Solidarität unter Ungleichen. Doch wie kann man erreichen, dass die Menschen in Deutschland sich trotz heterogener Lebenskonzepte und Wertevorstellungen für das Wohl ihrer Gesellschaft engagieren? Sozialer Zusammenhalt erwächst nicht in erster Linie aus Gleichartigem, sondern aus dem Bewusstsein des Aufeinander-angewiesen-Seins, trotz oder gerade wegen der bestehenden Unterschiedlichkeiten innerhalb unserer Gesellschaft.<sup>ix</sup>

Wir brauchen also eine gemeinsame Vision, wie eine Gesellschaft in Zukunft aussehen soll, die Unterschiedlichkeiten akzeptiert und gleichzeitig dazu nutzt, über solidarisches Miteinander jeder Bürgerin und jedem Bürger eine menschenwürdige Teilhabe an dieser Gesellschaft zu ermöglichen und dadurch einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erzeugen. Freiwilliges Engagement ist ein Zeichen, wie ein gemeinsames Ziel – zum Beispiel die Unterstützung für Flüchtlinge in Integrationsprozessen – viele sehr unterschiedliche Menschen im Handeln vereinen und zu einer inneren Identifizierung mit bestimmten gesellschaftlichen Themen führen kann. Ähnliche Phänomene lassen sich in der Kommunalpolitik bei Beteiligungsverfahren und Bürgerinitiativen beobachten. Essentiell ist dafür jedoch, dass diese Personen auch das Gefühl haben, mit ihrem Engagement etwas ausrichten zu können. Die hierdurch erfahrende Selbstwirksamkeit führt zu Zufriedenheit und stärkt die Überzeugung von der Legitimität des politischen Systems. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für den Bereich des freiwilligen Engage-

ments, sondern für alle Bereiche, die als äußere Rahmenbedingungen Grundlage für ein gelungenes und glückliches Leben sind: Recht, Arbeit, Einkommen, Bildung, Gesundheit, etc.

Um die Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu fördern, braucht es dementsprechend ein „Wir-Verständnis“, das auf Vielfalt aufbaut. Dies ist möglich, wenn Vielfalt als Gewinn statt als Bedrohung wahrgenommen wird: „Es gibt ein neues [...] ‚Wir‘, die Einheit der Verschiedenen. [...] Wir verlieren uns nicht, wenn wir Vielfalt akzeptieren. Wir wollen dieses vielfältige ‚Wir‘.“<sup>x</sup>

## **2.4 Zusammenfassung**

Zusammenfassend kann man also sagen, dass folgende Faktoren Voraussetzung für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen:

- Umfassende Teilhabe und Integration aller Mitglieder der Gesellschaft in die verschiedenen Teilsysteme der Gesellschaft;
- Verknüpfung der Teilsysteme untereinander und Integration in das Gesamtsystem;
- ein für alle gleichermaßen geltendes Recht, das die Freiheit jeder und jedes Einzelnen schützt und die für Chancengerechtigkeit notwendigen Rahmenbedingungen schafft;
- Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Befähigungs- und Chancengerechtigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit,
- Solidaritätsbereitschaft der Gesellschaftsmitglieder (auf Basis sozialer Gerechtigkeit und Vertrauen in die staatlichen Institutionen).

## **3. Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland und seine Bewährungsfelder**

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland ist im internationalen Vergleich relativ stark ausgeprägt.<sup>xi</sup> Seine Sicherung muss immer wieder neu in den Blick genommen werden. Anhand der oben aufgeführten Kriterien ergeben sich verschiedene Bewährungsfelder aus allen Systembereichen der Gesellschaft, in denen Handlungsbedarf im Hinblick auf eine umfassende Teilhabe bereits hier lebender sowie neu hinzukommender Menschen besteht.

### **3.1 Sozialer Ausgleich**

#### Situation:

Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, dass die Ungleichheit der Einkommensverteilung bis 2005 gewachsen und seitdem relativ konstant geblieben ist. Ähnliches gilt für die Vermögensverteilung, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Datenlage und Bewertung der Vermögensverteilung nach wie vor nicht zufriedenstellend ist.<sup>xii</sup> Vergleicht man die Verteilung der äquivalenzgewichteten Brutto- und Nettoeinkommen, sieht man, dass der Anteil der Haushalte in der unteren Einkommensgruppe nach Steuern, Sozialabgaben und Transfers deutlich geringer ist als vor der Umverteilung. Die staatlichen Maßnahmen für eine Verringerung der Einkommensungleichverteilung sind also wirksam.

Mag die Konstanz der Daten im Hinblick auf die nicht weiter wachsende Ungleichverteilung der Einkommen positiv zu bewerten sein, so ist sie im Hinblick auf die Durchlässigkeit zwischen den Einkommensklassen eher bedenklich. Der WSI-Verteilungsbericht 2016 belegt, dass die Einkommensmobilität – und damit auch die soziale Mobilität – in Deutschland seit der Wiedervereinigung stark rückläufig ist. Gerade an den Rändern der Einkommensverteilung ist der Anteil der immobilen Personen gestiegen.<sup>xiii</sup> Dies ist problematisch, da für die Menschen, die in verfestigter oder dauerhafter Armut leben, die gesellschaftliche Teilhabe stark beeinträchtigt ist. Insbesondere für Kinder können die weiteren Lebenschancen hierdurch in besonderem Maße negativ beeinflusst werden. Insgesamt werden die Aufstiegschancen von unterschiedlichen Faktoren wie Migrationshintergrund, Bildungsniveau und Berufsabschluss, Haushaltstyp und Wohnort (Ost- oder Westdeutschland) beeinflusst.

Während Deutschland im Hinblick auf die Einkommensverteilung bzw. deren Ungleichverteilung im internationalen Vergleich noch relativ gut abschneidet, hinkt es bei der sozialen Mobilität stark hinterher. In kaum einem Land entscheidet die soziale Herkunft derartig stark über die Zukunft einer Person.<sup>xiv</sup>

### Bewertung:

#### **Befähigungs- und Teilhabegerechtigkeit:**

Alle Menschen verfügen über individuelle Eigenschaften und entsprechende Fähigkeiten. Auf dieser Grundlage erarbeiteten der indische Ökonom Amartya Sen und die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum ihre Konzepte des Capability Approach bzw. Befähigungsansatzes. Damit Menschen ihre Fähigkeiten entfalten können, muss jede Gesellschaft die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören zum Beispiel ein gerechtes Bildungssystem und eine ausreichende Gesundheitsversorgung. Teilhabe gewähren bedeutet ebenso, bei öffentlichen Angeboten ganz bewusst Lösungen anzubieten, die für alle zugänglich und bezahlbar sind. Denn die kostenlose oder subventionierte Bereitstellung öffentlicher Angebote wie Schwimmbäder, Theater oder Tierparks ist unabdingbar, um Teilhabe am kulturellen Leben außerhalb des Ausschlussprinzips der Kaufkraft zu ermöglichen. Gleichzeitig werden hierdurch Räume geschaffen, in denen sich Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und verschiedenen Einkommensklassen begegnen können.<sup>xv</sup>

Befähigungsgerechtigkeit brauchen alle, ganz besonders aber Kinder und Jugendliche. Denn in der Kindheit und den Chancen, die ein Kind in dieser Zeit hat, liegt ein Schlüssel für seine Möglichkeiten in der Zukunft. Wo sie nicht verwirklicht werden können, herrscht soziale Ungerechtigkeit.

Zu den Grundbedingungen für ein menschenwürdiges Leben gehört die Fähigkeit, dieses zu gestalten und sich auf familiäre und gesellschaftliche Interaktion einzulassen. Das alles setzt Teilhabe voraus: Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Prozessen, soziale und kulturelle Teilhabe. Und es bedeutet auch, Handlungsspielräume zu haben und die eigene Lebenssituation verändern zu können. Somit hängt soziale Mobilität ebenfalls eng mit Teilhabegerechtigkeit zusammen.<sup>xvi</sup>

#### **Soziale Ungleichheit und Wahrnehmung von Ungerechtigkeit in der Gesellschaft**



Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet, wenn Menschen den Eindruck gewinnen, dass Ungleichheiten der Einkommen und Vermögen auf Ungerechtigkeiten beruhen oder zu Ungerechtigkeiten führen. Ersteres ist dann der Fall, wenn hohe Einkommen und Vermögen nicht auf eigene Leistung zurückgeführt werden können, sondern auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Familien oder Gruppen, auf Korruption, Nepotismus, Klientelismus oder andere ungerechte Mechanismen. Auf der anderen Seite führen ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilungen zu Ungerechtigkeiten, wenn sie Chancengerechtigkeit verhindern. Dies ist der Fall, wenn nicht alle die gleichen Möglichkeiten haben, durch Bildung und Leistung in Positionen zu kommen, in denen höhere Einkommen möglich sind. Auch wenn der Staat keine hinreichenden Mittel für die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums zur Verfügung stellt, kann dies als ungerecht wahrgenommen werden. Die Chancengerechtigkeit ist zudem beeinträchtigt, wenn diejenigen mit höheren Einkommen und Vermögen größere Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen Prozess in die Hand bekommen.

Statussorgen und Abstiegsängste sind gerade in der unteren und mittleren Mittelschicht besonders verbreitet. Dies liegt auch daran, dass Bildung heute zwar trotz der wahrnehmbaren Einschränkungen bei Bildungsmobilität theoretisch allen offen steht, aber kein Garant für ein hohes Einkommen ist. Auch wenn die Mittelschicht in Deutschland sehr stabil ist, ist es wichtig, diese Ängste und Sorgen ernst zu nehmen. Denn gerade die so genannte Mitte spielt eine entscheidende Rolle für den Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Zudem gibt es Anzeichen, dass relative Armut, also Armut in Bezug zum mittleren Einkommen der Menschen in unserer Gesellschaft, das gemeinschaftliche Miteinander schwächt.<sup>xvii</sup> Auch weisen sozioökonomisch besser gestellte Bevölkerungsgruppen oft einen stärkeren Zusammenhalt auf, bedingt durch breitere soziale Unterstützungsnetzwerke und stärkeres zivilgesellschaftliches Engagement.<sup>xviii</sup> Dies weist nochmals darauf hin, dass soziale Ungleichheit in Deutschland eine wichtige Determinante ist, die in den Blick genommen werden muss.

### Forderungen:

#### **Steuerpolitische Maßnahmen**

Die hohe Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen und die dadurch erforderlichen Umverteilungsmaßnahmen bringen eine große Belastung für den Sozialstaat mit sich, deren fiskalische Folgen sich oft erst Jahre später bemerkbar machen.<sup>xix</sup> Eine Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen und Vermögenserträge bei regelmäßiger Korrektur der kalten Progression ist angemessen und erweitert den staatlichen Handlungsspielraum für eine präventive Sozialpolitik. So wirkt dies in doppelter Weise der Ungleichheit entgegen. Möglichkeiten bestünden in der Anhebung der Steuersätze bei der Einkommensteuer auf hohe Einkommen, der Abschaffung der Abgeltungsteuer und einer wirksamen Besteuerung hoher Erbschaften.<sup>xx</sup> Zudem müssen durch internationale Zusammenarbeit die Möglichkeiten zur Steuervermeidung international tätiger Unternehmen eingeschränkt werden. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht zu völlig neuen Spielräumen bei der sozialen Sicherung führen. Zudem reichen soziale Transferleistungen alleine nicht aus, um dem Anspruch sozialer Gerechtigkeit zu genügen. Wesentlich hierfür ist eine Steigerung der Effizienz staatlichen Handelns. Im Sozialbereich kann dies gelingen, indem Prävention gefördert und auf Befähigung gesetzt wird, um soziale Notlagen zu verhindern. Nur so kann erreicht werden, dass jede/r seine Potentiale hinreichend entfalten kann. Hierdurch

wird gesellschaftliche Teilhabe gesichert und es wird durch die wirtschaftliche Produktivität jedes Einzelnen die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates bewahrt.

### **Befähigungs- und Präventionspolitik**

Deutschland braucht eine Befähigungspolitik, die den Fokus auf Prävention und Inklusion legt. Denn es sind nicht allein die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die über Erfolg oder Misserfolg beispielsweise des Bildungssystems entscheiden. Ebenso wichtig scheint der politische Wille, wirklich alle Schülerinnen und Schüler mitzunehmen. Die Ausweitung und Qualifizierung der Schulsozialarbeit sowie die Kooperation zwischen dem Bildungssystem und der Kinder- und Jugendhilfe sind hier angezeigt.<sup>xxi</sup> Wichtig ist auch, dass die Übergänge von Schule in Ausbildung und dann in den Arbeitsmarkt gelingen. Es sollte vermieden werden, dass Schnittstellenprobleme, sei es durch unklare Kompetenzen und Finanzierungsverantwortung oder Wechsel von Zuständigkeiten, zulasten der hilfeschenden Personen wirken. Zudem muss Prävention früh ansetzen, also bevor das Problem überhaupt entsteht. So setzt sich beispielsweise die Caritas für ein System der Frühen Hilfen ein. Um dieses jedoch verlässlich aus Steuermitteln zu finanzieren, müsste es als verbindliche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe gesetzlich verankert werden. Dies gilt für den Großteil der präventiven Hilfen, die bislang nur unzureichend im Sozialrecht verankert sind.<sup>xxii</sup>

## **3.2 Öffentliche Debatte**

### Situation:

Wertedebatten, wie sie derzeit in Deutschland geführt werden, sind ein Zeichen zunehmender Verunsicherung angesichts der wachsenden Wertevielfalt, die von vielen fälschlicherweise als Werteverlust wahrgenommen wird. Zudem überfordern die zunehmende Heterogenität und Komplexität viele Menschen, die sich dann ein vereinfachtes Bild der Wirklichkeit schaffen, um in der immer pluraler werdenden Welt zurechtzukommen. Verunsicherung und Überforderung machen sich populistische Bewegungen zunutze, indem sie eben solche vereinfachten Gesellschafts- und Weltbilder anbieten und gleichzeitig die Ängste durch Phrasen wie „Überfremdung“, „Invasion“, „Gefährdung der christlich-abendländischen Kultur“ schüren. Paradox ist, dass dabei gerade diejenigen, die vorgeben, das christliche Abendland verteidigen zu wollen, oft massiv gegen christliche Werte verstoßen. Und immer häufiger greifen auch Politik sowie die seriösen Medien diese Rhetorik auf.

Neben der Verunsicherung führt auch die zunehmende Segmentierung der öffentlichen Diskussion zu einem Wandel des gesellschaftspolitischen Diskurses. Der öffentliche Raum wird immer weniger dazu genutzt, um sich auszutauschen, mit unterschiedlichen – auch gegensätzlichen – Meinungen konfrontiert zu werden, über diese sowie die eigene Meinung zu reflektieren und begründet Stellung zu beziehen. Die Neuen Medien bieten eine Fülle an Informationsmöglichkeiten, bergen jedoch die Gefahr, nur noch die Informationen herauszufiltern oder mit denjenigen Personen zu kommunizieren, die die eigene Meinung bestätigen. Da zudem viele Plattformen anonym sind, fallen Hemmschwellen und es kommt zu extremen Äußerungen, die von Angesicht zu Angesicht in der Öffentlichkeit in dieser Deutlichkeit und Formulierung nicht kommuniziert werden würden. Denn Anonymität lässt Entmenschlichung zu, da keine direkte Konfrontation mehr notwendig ist.

## Bewertung:

### **Verunsicherung und Überforderung als Ursache für den Diskurswandel**

Auch wenn sich die Debatten in den letzten Jahren verschärft haben, war die Tendenz zu Populismus auch zuvor schon ansteigend. Es gibt latente Spannungen und einen Vertrauensverlust zwischen Teilen der Bevölkerung, der Politik und den Medien, unter anderem als Folge der Banken- und der Eurokrise sowie einer zunehmenden Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung. Viele Menschen fühlen sich in ihren Sichtweisen, Anliegen und Sorgen nicht mehr von den etablierten Parteien und Medien vertreten. Die erstarkten rechtspopulistischen Bewegungen zeigen durch ihre doppelte Abgrenzung „Bürger(innen) <—> gesellschaftliche Elite“ und „das homogene deutsche Volk <—> die Anderen“ eine leicht zugängliche Möglichkeit, gegen das etablierte politische System zu protestieren.<sup>xxiii</sup> Deutlich wird dieser Protest auch in der massiven Kritik, die bezüglich der Flüchtlings-, der Migrations- und der Integrationspolitik laut und durch rechtspopulistische Bewegungen aufgegriffen wurde.<sup>xxiv</sup> Anstatt Zuwanderung fälschlich als Ursache für gesellschaftspolitische Probleme zu benennen, sollten die damit einhergehenden Herausforderungen als Katalysator für gesellschaftliche Veränderungen gesehen werden.<sup>xxv</sup> Denn hinter der laut werdenden Kritik an der Politik liegen sozio-ökonomische und gesellschaftspolitische Probleme, die schon seit längerem in Deutschland schwelen und aus Sicht von Teilen der Bevölkerung noch keine zufriedenstellenden Lösungen gefunden haben.

## Forderungen:

### **Vertrauensaufbau durch transparente und partizipative Politik**

Die Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung muss durch konkrete politische Maßnahmen verringert werden. Hierzu zählen verstärkte Anstrengungen im Bereich der Befähigung, der sozialen Infrastruktur, des sozialen Wohnraums sowie im Arbeitsmarktbereich. Dabei spielt Bürgerbeteiligung und Transparenz eine wesentliche Rolle. In der Diskussion um Integration und Öffnung der Gesellschaft kann es nicht nur um Personen mit Migrationshintergrund gehen, sondern es müssen alle Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen werden. Es ist bisher nicht hinreichend gelungen, die Vielfalt der Lebensentwürfe als Bereicherung und dynamische gesellschaftsaufbauende Kraft im Lebensgefühl der Menschen zu verankern. Hierzu bedarf es neuer Handlungsstrategien.

Zudem muss die aktuelle gesellschaftliche Diskussion, insbesondere von den Verantwortungsträgern in Politik, Medien und Verbänden, zurückfinden zu einer sachlichen Argumentation, die unterschiedliche Perspektiven zulässt und berücksichtigt. Sie wirbt durch Argumente für die eigene Sichtweise, diskreditiert dabei aber gleichzeitig die Argumente der Gegenseite nicht. Die teilweise extremen Forderungen populistischer Bewegungen dürfen nicht salonfähig werden; es ist eine kritische Auseinandersetzung mit der sprachlichen Polarisierung und Verrohung notwendig. Es gilt, für den öffentlichen Raum neue Kommunikations- und Diskussionsstrategien sowie Settings zu entwickeln, die Informationen bereitstellen, Aufklärung und Orientierung schaffen, Begegnung ermöglichen und dadurch Vorurteile abbauen.<sup>xxvi</sup> Dabei ist es zwingend notwendig, auch Menschen am Rand der Gesellschaft eine Möglichkeit zu geben, an gesellschaftlichen Diskursen teilzuhaben und ihre Perspektive gleichberechtigt einzubringen.

### **Kirche und ihre Caritas als Akteurinnen verständigungsorientierter Kommunikation**

Die Kirche kann hierbei vielfältig tätig werden. Zum einen muss bürgerschaftliches Engagement auch im kirchlichen Kontext weiter gestärkt werden, da nur durch konkrete Aktionen und direkte Beteiligung am öffentlichen Diskurs Bürgerkompetenz erworben werden kann. Dabei ist es wichtig, auch noch nicht aktive Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen, um der Entstehung oder Verhärtung sozialer Milieus entgegenzuwirken. Im Mittelpunkt steht die Frage, was die Kirche und ihre Caritas zum Wohl aller zusammen mit möglichst vielen anderen im gemeinsamen Engagement beitragen kann.

Zum anderen können kirchliche Orte, wie Gemeindezentren sowie Caritasdienste und -einrichtungen zu Akteuren der Begegnung und der verständigungsorientierten Kommunikation werden. Hier hilft den kirchlichen Einrichtungen auch die Tatsache, dass sie von einem großen Teil der Bevölkerung als weitgehend neutral im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Interessen angesehen werden. Entscheidend ist, dass dieses kirchliche Angebot einer verständigungsorientierten Kommunikation glaubwürdig ist. Dazu muss es auch in der Kirche und ihrer Caritas eine offene Debattenkultur geben, in der man konstruktiv mit Konflikten umgeht, ohne sie zu verdrängen, und die niemanden ausgrenzt.

Auch unter Mitgliedern der Kirchen findet die Botschaft rechtspopulistischer Strömungen Gehör, die eine Schwächung des christlichen Glaubens und eine „Islamisierung des Abendlandes“ verkünden. Es ist einfach, hierfür die zunehmende Anzahl an Muslim(inn)en verantwortlich zu machen, die auch in Deutschland ihren Glauben offen leben (wollen). Tatsächlich liegen die Gründe unter anderem in einer Entkirchlichung der gesamten Gesellschaft und einem Auseinanderdriften zwischen der Kirche als Institution und ihren Mitgliedern. Damit sich Christen in Deutschland stärker für gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen, sind in erster Linie folgende Faktoren entscheidend: das Engagement der Gemeinschaft der Glaubenden und der Kirchen, in einer immer vielfältigeren Gesellschaft den Einzelnen Zugehörigkeit und Hilfe bei der Suche nach Identität anzubieten. Die Konzilskonstitution *Gaudium et spes* (Nr. 92) hat eine solche Forderung nach verständigungsorientierter Kommunikation vor gut 50 Jahren sehr klar formuliert. Daher müssen innerhalb der Kirche Foren geschaffen werden, in denen ihre Mitglieder derartige Entwicklungen und Wahrnehmungen aufarbeiten können. Nur so kann sie auch nach außen glaubhaft Kritik an populistischen Strömungen und deren anti-christlichen Einstellungen vermitteln.

### **3.3 Freiwilliges Engagement**

#### Situation:

Freiwilliges Engagement bildet eine zentrale Form der sozialen Teilhabe und geht häufig einher mit gesellschaftlicher Solidarität für andere Menschen, wodurch es sozusagen als Kitt der Gesellschaft wirkt. Laut des Vierten Freiwilligensurveys engagierten sich im Jahr 2014 43,6 % aller Personen über 14 Jahren freiwillig. Diese Zahl ist seit 2009 stetig gewachsen, was deutlich macht, dass es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gar nicht so schlecht bestellt sein kann.<sup>xxvii</sup>

#### **Bereitschaft zu freiwilligem Engagement variiert mit Alter, sozio-ökonomischem Status und Herkunft**

Der Anteil freiwillig engagierter Personen ist in der deutschen Bevölkerung nicht gleich verteilt, sondern hängt sehr stark vom Alter und sozioökonomischen Status der Personen ab. Am höchsten liegt das Engagement bei Personen im Alter von 14-29 Jahren und 30-49 Jahren. Aber auch die Beteiligung der Bevölkerungsgruppe ab 65 Jahren ist gerade in den letzten Jahren stark angestiegen. Zudem sind Menschen mit guter Schul- und Berufsausbildung sowie gutem finanziellen Status weitaus häufiger freiwillig engagiert als Menschen mit mittlerem oder geringem sozioökonomischen Status.<sup>xxviii</sup> Diese Tendenz lässt sich in allen Studien zu bürger-schaftlichem Engagement nachweisen und hat sich in den letzten Jahren weiter verstärkt.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt deutlich niedriger als der bundesweite Durchschnitt. Allerdings berücksichtigen diese Zahlen nicht die vielfältigen Formen informeller Unterstützung wie Hilfestellungen in der Familie oder im Bekanntenkreis, welche gerade bei Personen gleicher ethnischer Herkunft eine große Rolle spielt.<sup>xxix</sup> Zudem konnte festgestellt werden, dass sich Menschen mit eigener Migrationserfahrung überproportional häufig in der Flüchtlingshilfe engagieren. Diese Form der Beteiligung hat mit dem großen Zuzug schutz-suchender Menschen im Jahr 2015 stark zugenommen.<sup>xxx</sup> Hier zeigt sich auch der integrative Charakter freiwilligen Engagements: denn viele der Flüchtlinge, die bei ihrer Ankunft und darüber hinaus Hilfe erfahren haben, werden selbst aktiv.

#### Bewertung:

#### **Potential von freiwilligem Engagement für Integrationsprozesse und Teilhabe**

Freiwilligem Engagement kommt im Rahmen des Integrationsprozesses eine bedeutende Rolle zu. Dabei ist es wichtig, die Mehrdimensionalität von Integration in den Blick zu nehmen und zu analysieren, auf welchen Ebenen freiwilliges Engagement ansetzen kann und wo staatliches Handeln nötig wird. Auch wenn viele der Tätigkeiten im strukturellen und kulturellen Bereich liegen, kann der Aufbau persönlicher Beziehungen auch auf der seelisch-emotionalen bzw. identifikatorischen Ebene wirken und längerfristige Kontakte sowie gegenseitige Lerneffekte ermöglichen.<sup>xxxi</sup> Neu zugewanderte Personen erlernen durch regelmäßigen Kontakt zu hier bereits länger lebenden Personen ebenso wie durch eigenes freiwilliges Engagement leichter die deutsche Sprache und hiesige Umgangsformen und können damit ihren Integrationsprozess selbstbestimmter gestalten. Im Idealfall können sie mit Einheimischen in einen Austausch über Gemeinsamkeiten wie Unterschiede treten und beide jeweils ihre Vorurteile über andere Kulturen abbauen. Dies kann auch dazu führen, dass freiwillig Engagierte eine verbindende Rolle innerhalb der Gesellschaft übernehmen und durch Information und Aufklärung Vorurteile abbauen und die öffentliche Meinung beeinflussen. Auf diese Weise kann sich die integrative Wirkung des freiwilligen Engagements zu beiden Seiten entfalten.

#### Forderungen:

#### **Verbesserung der Engagementinfrastruktur durch den Staat notwendig**

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Subsidiarität, d.h. der Staat verzichtet dort auf die Übernahme von Aufgaben, wo kleinere Gemeinschaften oder einzelne Personen diese besser erfüllen können. Allerdings ist es die Pflicht des Staates, durch Setzung geeigneter Rahmenbedingungen für die Entfaltung dieser Aufgabenwahrnehmung Sorge zu tragen. So ist es im Hinblick auf das freiwillige Engagement essentiell, eine langfristig finanzierte engagementfördern-

de Infrastruktur zu gewährleisten, welche das Ehrenamt koordiniert, qualifiziert und vernetzt. Zudem müssen verstärkt Mittel zur Förderung von Gemeinwesenarbeit niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden und mit geringem bürokratischem Aufwand abrufbar sein.<sup>xxxii</sup>

Freiwilliges Engagement trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Als solches muss es gewertschätzt werden. Dazu braucht es Kommunikationslinien auf Augenhöhe mit kommunalen und staatlichen Behörden. Es darf nicht als selbstverständlich angesehen oder für primär staatliche Aufgaben instrumentalisiert werden, sondern muss Teil eines systematischen, gemeinsamen Agierens aller werden.<sup>xxxiii</sup>

### **Stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Sozialraum**

Gerade im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren sich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Sie stellen für das freiwillige Engagement ein immenses Potential dar. Wünschenswert wäre, dieses Engagement zu stärken und weiter auszubauen, etwa über die Förderung von Migrantenorganisationen und deren stärkere Einbindung in bestehende Netzwerke.

Auch die Gruppe der sozial Benachteiligten gilt es über Engagement an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Es bedarf Sensibilisierungsprozesse für die besonderen Problemlagen dieser Gruppen und eine Stärkung der interkulturellen Kompetenzen, etwa durch das Angebot entsprechender Schulungen.

### **Bessere Partizipationsmöglichkeiten schaffen**

Besonders auf kommunaler Ebene gilt es, bessere Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Die Studie "Engagement im Quartier" ergab, dass in vielen sozial benachteiligten Quartieren keine Freiwilligenorganisationen existieren. Zudem verfügen gesamtstädtische Projekte häufig nicht über einen quartiersbezogenen Fokus.<sup>xxxiv</sup> Um eine gelingende Engagementpolitik in sozial benachteiligten Stadtteilen zu gestalten, ist es essentiell, die Erfahrungen und Perspektiven der dort lebenden Bevölkerung aufzugreifen und auf dieser Basis sozialraumorientierte, lebensweltnahe Angebote zu schaffen und zu verknüpfen.

### 3.4 Bildung

#### Situation:

Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie eröffnet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, die eigenen Talente zu entfalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Daher ist es bedenklich, dass Bildungserfolg in Deutschland immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängt. Dies liegt auch an dem stark selektiven Schulsystem. So ist Deutschland neben Österreich das einzige europäische Land, in dem Kinder bereits nach vier Jahren gemeinsamen Lernens in verschiedene Schulformen getrennt werden. Diese frühe Selektion trägt wesentlich dazu bei, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien sowie solche mit Migrationshintergrund seltener das Gymnasium besuchen.<sup>xxxv</sup>

Beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule zeigt sich laut dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass das Bildungsniveau der Eltern einen entscheidenden Einfluss auf die Schulwahl hat: Fast 84 Prozent der Kinder, deren Eltern beide die Hochschulreife besitzen, besuchen in Klasse 5 das Gymnasium. Wenn kein Elternteil Hochschulreife hat, sind es nur 31 Prozent. Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Haushalten, in denen kein Elternteil arbeitslos ist und den Haushalten, in denen mindestens ein Elternteil arbeitslos ist sowie zwischen den armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Haushalten. Weitere Unterschiede zeigen sich in Hinblick auf die Kinder Alleinerziehender und in Bezug auf den Umfang der Erwerbstätigkeit der Mutter.<sup>xxxvi</sup>

Auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die schon seit längerer Zeit in Deutschland leben oder sogar hier geboren sind, zeigen sich oftmals gravierende Unterschiede zu Kindern ohne Migrationshintergrund.<sup>xxxvii</sup> Dies liegt sowohl an sozio-ökonomischen Aspekten als auch an einer nach wie vor bestehenden Diskriminierung. Entsprechend zeigt sich dies auch im Übergang von Schule zu Beruf. Bei Flüchtlingen und anderen Kindern und Jugendlichen, die neu einwandern, liegen die Schwierigkeiten einer Integration in das Bildungs- und Ausbildungssystem vor allem daran, dass das System auf solche Quereinsteiger(innen) nicht eingestellt ist. Das zeigt sich insbesondere im Umgang mit fehlenden Kenntnissen der deutschen Sprache und mitgebrachten schulischen Qualifikationen.

#### Bewertung:

Familie, Kindertageseinrichtung und Schule sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche unterschiedlichste Bildungserfahrungen machen. Ein niedriger Bildungsgrad erhöht das Armutsrisiko im weiteren Lebensverlauf stark. Insofern trägt die Kopplung vom Bildungshintergrund der Eltern, sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg der Kinder besonders stark zur Segmentierung der Gesellschaft bei und muss weiter verringert werden. Bildungseinrichtungen sind noch nicht ausreichend dazu in der Lage, Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Talenten derart zu fördern, dass Bildungsdefizite im Schulverlauf weitestgehend ausgeglichen werden können.

Außerdem fehlt ein ausreichendes, flächendeckendes Netz an niederschweligen Angeboten der Familienhilfe.<sup>xxxviii</sup>

Eltern sind die primäre und zentrale Bildungs- und Sozialisationsinstanz. Schon bedingt durch die Pluralität der Lebensformen, in deren Kontext Kinder groß werden, wachsen Kinder in unterschiedlichen sozialen Milieus auf und eignen sich entsprechend andere Ausdrucksweisen, Normen, Verhaltensweisen und soziale Kompetenzen an. Sie werden von ihrer Familie in unterschiedlichem Maß und auf unterschiedliche Weise gefördert und beeinflusst. Mit präventiven Bildungs- und Unterstützungsmaßnahmen können Familien und Kinder frühzeitig, also im Vorfeld staatlicher Interventionen, Hilfen im Familienalltag und Förderung von Beziehungs-, Erziehungs- und Alltagskompetenzen gestärkt werden. Hier sind niederschwellige Angebote nötig, um Familien zur Inanspruchnahme dieser Hilfen zu motivieren.

Innerhalb des Bildungssystems kommt den Kindertageseinrichtungen für die individuelle Förderung von Kindern eine wichtige Rolle zu. Hier werden grundlegende soziale und kognitive Kompetenzen vermittelt, die die Bildungsbiografie von Kindern und damit auch ihre Bildungschancen positiv beeinflussen können. Doch trotz des massiven Ausbaus des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige und des einklagbaren Rechtsanspruchs kann der Bedarf nicht gänzlich gedeckt werden. Zudem hängt die Qualität der Betreuung stark von der Anzahl und Qualifikation des Personals sowie der Gruppengröße ab.<sup>xxxix</sup> Beides hatte unter dem starken Ausbau gelitten, in den letzten Jahren wurden jedoch Verbesserungen erreicht.<sup>xi</sup>

Insbesondere für Kinder aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen wirkt sich ein fehlender oder unzureichender Zugang zu Betreuungs- und Bildungseinrichtungen negativ aus. Dies trifft besonders auf Kinder von Familien mit Fluchthintergrund zu, die aus unterschiedlichen Gründen häufig keinen ausreichenden Zugang zu Kindertageseinrichtungen haben oder ihren Anspruch aus Unwissenheit oder Angst vor eventuell negativen Auswirkungen auf ihren Aufenthaltsstatus nicht geltend machen. Schulpflichtige Kinder besuchen ebenfalls meist erst die Schule, wenn sie die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen haben, obwohl ein Schulbesuch zu einem früheren Zeitpunkt in vielen Bundesländern möglich wäre.

Zudem sind die Unterstützungsangebote für Kinder, welche das Schulsystem bereithält, unzureichend. Schulsozialarbeit wird erst allmählich zu einem immer wichtigeren Mittel, um junge Menschen zu unterstützen. Dies gilt auch für Ganztageschulen mit Hausaufgabenbetreuung, Freizeitgestaltung oder Kompetenztrainings, die helfen können, auf problematische Bildungskarrieren positiv einzuwirken und somit zu mehr Bildungsgerechtigkeit beizutragen. Laut der KMK-Statistik für Ganztagschulen 2014/2015 boten etwa 60 % aller Schulen im Primar- und Sekundarbereich I (mittlere Schulbildung bis Klasse 9 bzw. 10) eine ganztätige Betreuung an. Aufgrund der unterschiedlichen Teilnahmeverbindlichkeit kann die Teilnahmequote zwischen den Schulen allerdings erheblich variieren.<sup>xii</sup>

### Forderungen:

#### **Chancengerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung**

Um das Recht des Kindes auf eine hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung einlösen zu können, muss der Ausbau der Kindertagesbetreuung mit guten Qualitätsstandards durchgesetzt werden. In diesem Gesamtkontext ist zu berücksichtigen, dass ein erhöhter Finanzbedarf erforderlich ist, um die Qualität der Kindertagesbetreuung verbindlich zu sichern und weiterzu-



entwickeln. Diese Investition kann aber nur dann gelingen, wenn der Bund stärker in die Verantwortung einbezogen wird. Die Ausbauinitiativen müssen sich auch an qualitativen Kriterien messen lassen. Insbesondere muss darauf hingewirkt werden, dass bundesweit vergleichbare Rahmenbedingungen gelten. Damit Familien mit Migrationshintergrund von dieser Entwicklung profitieren, müssen sich auch Einrichtungen der Kinderbetreuung interkulturell öffnen. Zudem muss der Ausbau präventiver Unterstützungs- und Bildungsangebote wie zum Beispiel Frühe Hilfen vorangetrieben werden, um die Eltern in ihrer Erziehungsrolle zu unterstützen.

### **Chancengerechtigkeit im Schulsystem**

Damit ein chancengerechtes Bildungssystem für alle Kinder und Jugendliche realisiert und die Inklusion vorangebracht werden kann, müssen Möglichkeiten für längeres gemeinsames Lernen, eine auf individuelle Förderung ausgerichtete Pädagogik sowie eine gute Kooperation von verschiedenen, an Schulen tätigen pädagogischen Professionen gewährleistet sein. Der weitere Ausbau der ganztägigen Bildung und Betreuung ist zu unterstützen und Ganztagsangebote sind zugänglich zu machen. Generell sind flächendeckende Angebote im Rahmen der Schulsozialarbeit oder der schulbezogenen Jugendsozialarbeit in allen Schulformen notwendig. Darüber hinaus hat es sich als sinnvoll erwiesen, dass die Schule und auch die Kita mit den verschiedenen Akteuren im Sozialraum, wie zum Beispiel Jugendhilfeträgern, Kindertageseinrichtungen, Volkshochschulen, Gesundheitsämtern, Ausbildungsbetrieben, Gewerbe- und Handwerksbetrieben und mit jugendlichen Selbstorganisationen stärker kooperiert. Es gilt, kommunale Bildungslandschaften aufzubauen mit dem Ziel, Schulen, Kitas und außerschulische Institutionen in einen Wirkungszusammenhang zu bringen und durch verstärkte Kooperationen Kindern und Jugendlichen vielfältige Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Die Rahmenbedingungen und finanzielle Ausstattung für diese Kooperationen und für die Zusammenarbeit mit Trägern der offenen Jugendarbeit, Sport- und Kulturvereinen und Musikschulen sind zu verbessern.

Auch die Sprachförderung bei Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen muss weiter gestärkt werden, damit die Einbindung in den Regelunterricht ihre positive Wirkung entfalten kann und es nicht zu einer Überforderung der Kinder kommt.<sup>xliii</sup> Insgesamt muss sich der jugend- und bildungspolitische Blick stärker auf die Interessen und Bedarfslagen von benachteiligten jungen Menschen und ihren Familien richten.

## **3.5 Gute Arbeit**

### Situation:

Die Arbeitswelt befindet sich derzeit in einem starken Umbruch: Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel, Bildung und Migration sowie der Wandel von Werten und Ansprüchen sind die wichtigsten Treiber des Wandels, so auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.<sup>xliiii</sup> Die Digitalisierung wird dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen. Im Gegenzug werden aber neue Arbeitsfelder entstehen. Zentrale Ziele für Gute Arbeit im digitalen Wandel sind eine leistungsgerechte Entlohnung, soziale Sicherheit in allen Branchen sowie die Integration aller Bürger in Gute Arbeit.<sup>xliiv</sup>

Teilhabe an Arbeit vermittelt ein Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft. Arbeitsmarktpolitik bzw. die Förderung von (sozialer) Teilhabe betrifft daher auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Dabei sieht sich Deutschland einer doppelten Herausforderung gegenüber. Zum einen gilt es, die bezüglich ihrer Qualifikation sehr heterogene Gruppen von Flüchtlingen, EU-Ausländer(innen) und angeworbenen Arbeitskräften aus dem Nicht-EU-Ausland dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zum anderen besteht die Aufgabe, die hohe Anzahl von Langzeitarbeitslosen zu vermitteln, unter denen sich auch viele Personen mit Migrationshintergrund befinden. Hierbei ist es auch wichtig, nach wie vor bestehende bürokratische Hürden (bspw. Vorrangprüfung) oder Diskriminierung bei Bewerbungsverfahren für Personen mit Migrationshintergrund zu beseitigen. Bei der Arbeitsmarktintegration von Ausländer(inne)n zeigen sich neben sozio-ökonomischen Faktoren zusätzliche Herausforderungen wie ungenügende Sprachkenntnisse, in unterschiedlichem Ausmaß rechtliche Beschränkungen sowie mangelnde bzw. nicht anerkannte berufliche Qualifikationen. Schätzungen zufolge besitzen über 70 Prozent der über 18-jährigen Flüchtlinge keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zudem ist die Anerkennung von Abschlüssen und Nachweisen problematisch und meist langwierig. Vorhandene Förderprogramme, die auf eine rasche Integration Schutzsuchender in den Arbeitsmarkt zielen, konzentrieren sich hauptsächlich auf Personen mit guter Bleibeperspektive.<sup>xiv</sup> Durch eine Reihe von Gesetzesänderungen (z.B. Asylbeschleunigungsgesetz, Integrationsgesetz) wurde versucht, mehr Rechtssicherheit für Asylbewerber(innen) und Geduldete in Ausbildung herzustellen und den Zugang zu Beschäftigung etwas zu erleichtern.

Befristete Programmpolitik, befristete Instrumente, fehlende Anschlussperspektiven und allenfalls rudimentäre allgemeine Umsetzung der in Projekten gewonnenen Erkenntnisse dominieren gegenwärtig die Förderpolitik. Es fehlt immer noch eine passgenaue Förderung, in der arbeitsmarktfremde Menschen Schritt für Schritt an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Das gleiche gilt für neu zugewanderte Ausländer(innen). Der drastische Abbau der Mittel für Fördermaßnahmen im Sozialgesetzbuch für Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) wurde mit der besseren Arbeitsmarktlage begründet, berücksichtigte aber nicht, dass die Gruppe der Langzeitarbeitslosen bis heute nicht kleiner wird und sehr verfestigte Probleme aufweist.

Auch in der Weiterbildungsbeteiligung besteht eine soziale Ungleichheit: So nehmen Erwerbstätige häufiger an weiterbildenden Maßnahmen teil als Arbeitslose und atypisch-beschäftigte Personen. Hierbei sind ältere Erwerbstätige weniger bei Weiterbildungen vertreten als jüngere.<sup>xlvi</sup>

### Bewertung:

#### **Teilhabe durch Arbeit**

Ein stabiles Beschäftigungsverhältnis hat positive Auswirkungen auf soziale Beziehungen, welche wiederum wichtig sind, um sich als Teil der Gemeinschaft zu fühlen. Langzeitarbeitslose sind somit durch Arbeitsverlust von der sozialen Gemeinschaft abgekoppelt. Es ist aus unserer Sicht daher mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar, Menschen dauerhaft von Arbeit auszuschließen. Arbeitsmarktintegration ist zudem der Schlüssel zur Bekämpfung und Prävention von Armut. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf den demografischen Wandel sowie

die Sicherung der deutschen Sozialsysteme kann die Begrenzung bzw. das „Nicht-Ausschöpfen“ von Potentialen auf dem Arbeitsmarkt nicht im Interesse Deutschlands sein.

Von den Umbrüchen am Arbeitsmarkt sind Menschen mit geringer Qualifizierung besonders stark betroffen. Die Arbeitsmarktpolitik, die gleichzeitig präventive Armutspolitik ist, muss deshalb darauf ausgerichtet werden, die Arbeitsmarktchancen dieser Personen zu erhalten bzw. zu verbessern. Es müssen nachhaltige Möglichkeiten geschaffen werden, damit der Arbeitsmarkteinstieg aus der Langzeitarbeitslosigkeit gelingen kann. Arbeitsmarktförderung muss daher gezielt gerade bei dieser Gruppe durch Aktivierung, Weiterbildung und Umschulung ansetzen. Dabei sind auch Kompetenzen in der Kommunikations- und Informationstechnologie gezielt zu fördern. Die hier bestehenden Förderprogramme müssen langfristig fortgeführt und in den Kapazitäten erweitert werden. Notwendig ist es insbesondere im SGB II die Finanzmittel für Weiterbildung zu erhöhen. Die Bildungsinstrumente müssen auf die Bedürfnisse von benachteiligten Personengruppen, insbesondere solche mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, zugeschnitten werden. Sinnvoll ist es, die Förderung auch auf Flüchtlinge zu erweitern, da zu erwarten ist, dass diese Gruppe aufgrund der relativ jungen Alterststruktur besonderes Bildungspotential, insbesondere im Bereich von Digitaltechnologien, mitbringt.

#### Forderungen:

##### **Förderinstrumente für arbeitsmarktferne Personen**

Aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes müssen folgende Punkte bei der Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik dringend gelöst werden: Damit arbeitsmarktferne Personen eine echte Chance auf Aufwärtsmobilität erhalten, muss der Teilhabegedanke explizit im SGB II verankert werden. Wichtig sind ein Rechtsanspruch auf sozialintegrative Leistungen für alle Langzeitarbeitslosen und ein Rechtsanspruch auf Instrumente des Sozialgesetzbuches für Arbeitsförderung (SGB III) zur beruflichen Integration für Jugendliche bis 27 Jahre. Die Arbeitsgelegenheiten und die Förderung von Arbeitsverhältnissen müssen als Regelinstrumente im Sinne einer Förderpyramide so weiterentwickelt werden, dass Aufstiegsmobilität sowie eine Überwindung des Transferbezugs durch sie erreicht werden kann.<sup>xlvii</sup> Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen ist sehr heterogen, deshalb muss für die Erzielung passgenauer Lösungen vor Ort genügend Freiheit bestehen, die Förderung auf den individuellen Fall hin zu gestalten. Zudem muss die Finanzierung der Arbeitsmarktförderung auf eine langfristige Integrationsstrategie ausgerichtet werden. Um die Möglichkeiten der Weiterbildung für Langzeitarbeitslose zu verbessern, sind modulare Programme notwendig, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen ausgerichtet sind. Unabhängig davon müssen die Angebote des sozialen Arbeitsmarkts deutlich ausgebaut werden, um auch für Menschen im verfestigten ALGII-Bezug Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen. Ein spezifisches Augenmerk bei der Bekämpfung und Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit ist auf die Gruppe der Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund zu richten. Alle Fördermöglichkeiten müssen allen Ausländer(innen) mit einer Aufenthaltserlaubnis oder Duldung offen stehen. Unbefristete Arbeitsverbote für Geduldete müssen beseitigt werden. Zudem müssen im Bereich sozialer Dienstleistungen nach Möglichkeit die dialogischen Vergabeverfahren Anwendung finden. Diese haben den Vorteil, dass die fachliche Qualifikation und Erfahrung der Bieter in die Leistungserstellung einfließen können und somit die Qualität der Leistung verbessert werden kann.

Bislang wird die Leistungsbeschreibung ausschließlich durch den Auftraggeber bestimmt. Darüber hinaus spricht sich der Deutsche Caritasverband für eine verstärkte Anwendung des sozialrechtlichen Dreiecks (Verhältnis von Hilfeberechtigtem, Leistungserbringer und zuständigem öffentlichen Leistungs- und Kostenträger) aus.

Schutzsuchende Personen mit einer vermeintlich schlechten Bleibeperspektive müssen, sofern sie sich tatsächlich länger als sechs Monate in Deutschland aufhalten, Zugang zur Arbeitsmarktförderung erhalten. Wichtig ist es, neben Spezialprogrammen auch die Regelförderinstrumente des SGB II und III für eine passgenaue Förderung weiterzuentwickeln. Notwendig ist es hier, berufs- und ausbildungsbegleitende Möglichkeiten zur Alphabetisierung und Sprachförderung als Regelleistung im SGB II und III bedarfsdeckend zur Verfügung zu stellen. Hierbei ist sowohl auf eine ausreichende Anzahl als auch auf entsprechende Qualität der Maßnahmen zu achten. Des Weiteren gilt es, ausländerrechtliche Beschränkungen wie beispielsweise Arbeitsverbote und Wartefristen bei Förderangeboten zu lockern und Verbesserungen in Anerkennungsverfahren von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen voranzutreiben.<sup>xlviii</sup>

### **3.6 Wohnen**

#### Situation:

Als Teil des Existenzminimums gehört Wohnen zu den Grundbedürfnissen und Grundrechten der Bevölkerung. Die Wohnung ist privater Lebensmittelpunkt und Rückzugsort und somit elementar für die persönliche Lebensqualität und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe.<sup>xlix</sup> Steigenden Mieten und Wohnkosten stehen jedoch nur verhalten wachsende Nettoeinkommen der privaten Haushalte gegenüber. In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Mieten im Durchschnitt um 17 %, während sich die Einkommen um 8 % erhöhten. In den unteren Einkommensgruppen fielen die Einkommenszuwächse noch geringer aus.<sup>i</sup> Im Zusammenspiel mit ebenfalls steigenden Ausgaben für Nahrung und Energie, hat dies zur Folge, dass untere Einkommensgruppen im Zeitverlauf anteilig mehr für Grundbedürfnisse ausgeben und dafür auf Ausgaben für soziale Teilhabe verzichten. Zudem wird es für die Menschen immer schwieriger bezahlbaren Wohnraum zu finden, dies gilt auch für die Mittelschicht.<sup>ii</sup> Eine Neubauwohnung kann sich die Hälfte der deutschen Haushalte nur leisten, wenn sie entweder deutlich mehr als die empfohlenen 35 % des Einkommens für die Miete aufbringt oder sie sich mit einer kleineren Wohnung zufrieden gibt.<sup>iii</sup>

Die Gründe für die steigenden Mieten sind vielseitig:

#### **Angespannte Wohnungsmärkte in Ballungszentren**

Zunächst einmal verstärken Wanderungsbewegungen in Städte mit ausreichend Arbeitsplätzen und weitreichendem Ausbildungs- und Studienangebot die Nachfrage nach Wohnraum. Dies gilt ebenso für die angrenzenden Regionen. Auch Seniorinnen und Senioren ziehen verstärkt in Städte, da eine adäquate Versorgung auf dem Land durch die teilweise mangelhafte Infrastruktur mit zunehmendem Alter nicht immer ausreichend gewährleistet ist. Zudem nimmt der Bedarf an Wohnraum aufgrund der kleiner werdenden Haushalte zu. Bedingt durch demografische und gesellschaftliche Veränderungen wächst der Anteil an Einpersonenhaushalten beständig: Im Jahr 2016 lag er in Großstädten bei knapp 50 %, in Kleinstädten bei 40 %.<sup>iiii</sup>

Das Angebot auf dem Wohnungsmarkt hingegen steigt deutlich langsamer: Das Pestel-Institut hat berechnet, dass jährlich 140.000 neue Mietwohnungen gebaut werden müssen, um den Bedarf bis 2020 zu decken. 2015 wurde lediglich ein Drittel dieses Neubaubedarfs erreicht.<sup>lv</sup> Die Wohnungsknappheit spitzt sich folglich für alle Bevölkerungsgruppen weiter zu.

### **Neubautätigkeiten überwiegend im Hochpreissegment**

Der Fokus bei Wohnungsbauunternehmen lag in den vergangenen Jahren vermehrt auf hochpreisigen Wohnungen. Gründe hierfür sind die gestiegenen Baukosten, resultierend aus steigenden Kosten für Bauland und Baukosten sowie striktere Regulierungen und Standards.<sup>lv</sup> So entfielen im Jahr 2010 in den alten Bundesländern lediglich 19 % der Neubauaktivitäten auf das untere Preissegment.<sup>lvi</sup> In den vergangenen Jahren hat sich dies nicht substantiell geändert.

### **Mangelnder Bestand an Sozialwohnungen und Wohnungen in öffentlicher Hand**

Der Bestand an sozial gebundenen Wohnungen sowie an Wohnungen im Besitz der öffentlichen Hand oder von Genossenschaften ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Kommunen haben sich über viele Jahre hinweg von ihren Wohnungsbeständen getrennt. Darüber hinaus fallen bestehende sozial gebundene Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Im Zeitraum von 2002 bis 2013 sank die Zahl der Sozialwohnungen von 2,5 Mio. auf aktuell 1,3 Mio. Sozialwohnungen.<sup>lvii</sup> Auch weiterhin fallen jährlich 40.000 bis 50.000 Wohnungen aus der sozialen Bindung.<sup>lviii</sup> Kommunen gehen durch diesen Prozess nicht nur wichtige Steuerungsmöglichkeiten bei der Unterbringung bestimmter Bevölkerungsgruppen verloren, wie sich in jüngster Vergangenheit mit dem Problem der Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen gezeigt hat, sondern es haben sich auch die Möglichkeiten verschlechtert, über die öffentlichen Wohnungsbestände preisdämpfend auf den umliegenden Wohnungsmarkt einzuwirken. Um bestehende Versorgungsdefizite zu verringern und die künftige Nachfrage bedienen zu können, wäre laut Pestel-Institut ein Neubau von jährlich 80.000 Sozialmietwohnungen erforderlich. Im Jahr 2015 wurden mit 14.700 fertiggestellten Sozialwohnungen lediglich 18 % des ermittelten Bedarfs gedeckt.<sup>lix</sup> Im Jahr 2016 wurden mit 24.550 Sozialwohnungen deutlich mehr Sozialwohnungen erstellt, die jedoch auch nur 30 % des Bedarfs decken.<sup>lx</sup> Somit genügen diese Fertigstellungen nicht, um den Bestand konstant zu halten. Gleichzeitig steigt jedoch, durch die wachsende Zahl der Personen, die über eine nur geringe Altersrente verfügen, die Anzahl der einkommensschwachen Haushalte.<sup>lxi</sup> Auch dies hat zur Folge, dass sich der Wohnungsengpass im niederen Preissegment verschärft bemerkbar macht.

### **Wohnraum als Anlagemöglichkeit**

Nicht zuletzt stellen Immobilien aufgrund niedriger Zinsen seit einigen Jahren eine attraktive und relativ sichere Anlagemöglichkeit dar, sowohl für Finanzinvestoren als auch für private Anleger. Dies führt nicht nur bei Neubauten zu Preissteigerungen, sondern auch bei (häufig aufwendig renovierten) Bestandswohnungen.<sup>lxii</sup>

### **Gentrifizierung**

Dies führt insbesondere bei Neuvermietungen (und zu einem gewissen Grad auch bei Bestandsmieten) zu Mieterhöhungen, die einen Verdrängungsprozess einkommensschwächerer

Haushalte einleiten können. Dieser Prozess der Gentrifizierung findet vor allem in Großstädten statt und kann zu einem vollständigen sozialen Strukturwandel in dem betroffenen Stadtteil führen. So leben beispielsweise in Berlin am Prenzlauer Berg nach den umfassenden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen heute nur noch 20 % der Altmieten(innen) in diesem Stadtteil. Und auch die soziale Zusammensetzung der Bewohner(innen) hat sich grundsätzlich verändert. Mittlerweile ist Gentrifizierung nicht mehr nur auf einzelne Stadtteile beschränkt, sondern umspannt bisweilen den gesamten innerstädtischen Raum. Die von den Mieterhöhungen betroffenen Haushalte müssen oftmals in weniger attraktive Randgebiete umziehen, welche häufig nur unzulänglich an die städtische Infrastruktur angeschlossen sind.

### **Zugangsprobleme**

Auf diesen angespannten Wohnungsmärkten werden Diskriminierungen besonders deutlich. So zeigt eine Untersuchung von Spiegel online und dem Bayerischen Rundfunk, dass Menschen mit einem ausländischen Namen bei vergleichbaren Anschreiben deutlich seltener zu einem Besichtigungstermin eingeladen werden als Bewerber(innen) mit einem deutschen Namen. Das Phänomen macht sich bei privaten Vermietern deutlicher bemerkbar als bei gewerblichen Anbietern.<sup>lxiii</sup>

### **Situation auf dem Land**

Auf dem Land stellt sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt häufig anders dar: Während die steigenden Mieten in den Städten viele Menschen vom Zugang zu günstigem Wohnraum ausschließen, stehen auf dem Land oftmals Immobilien leer. Dies ist nicht nur eine Folge fehlender Arbeits- oder Ausbildungsplätze, sondern auch mangelnder infrastruktureller Anbindung an angrenzende Städte und Industriestandorte. So können selbst Personen, die zwar in der Stadt arbeiten, jedoch gerne weiterhin auf dem Land leben möchten, diesen Wunsch aufgrund mangelnder infrastruktureller Anbindung an angrenzende Städte oder Industriestandorte kaum realisieren. Die so in Gang gesetzte Wirkungskette kann zu einem Prozess der Peripherisierung führen: Infrastruktur und Dienstleistungen werden immer mehr in die Zentren verlagert, wodurch die ländliche Region an Attraktivität für Handel und Industrie verliert. Junge Menschen wandern ab und lassen eine alternde Gesellschaft zurück. Weitere Folgen sind Wertverlust der Immobilien und geringe politische Durchsetzungskraft sowie Interessensvertretung dieser Räume. In der Nähe von Ballungsräumen jedoch gewinnt der ländliche Raum in letzter Zeit wieder an Attraktivität. Die Nähe zur Natur, die günstigeren Mieten und Immobilienpreise sowie das Zusammenleben in kleinen Orten bieten für viele Menschen hohe Lebensqualität. Dennoch bestehen nach wie vor große Unterschiede zwischen den Regionen hinsichtlich ihrer Infrastruktur und Wirtschaftskraft.

### **Bewertung:**

In den Ballungsräumen wird es für einkommensschwache Haushalte immer schwieriger, angemessenen Wohnraum zu finden und zu erhalten. Hierzu zählen unter anderem Personen in besonderen Lebenslagen, Familien, Alleinerziehende, Geringverdiener und Arbeitslose. Aufgrund inadäquater Bemessungsgrundlagen für Kosten der Unterkunft und Heizung innerhalb der Sozialgesetzbücher II und XII und der fehlenden Dynamisierung des Wohngeldes, ge-

hen vor allem bei Bezieher(innen) dieser Leistungen die höheren Ausgaben für die Wohnkosten häufig zulasten der Ausgaben für soziale Teilhabe.<sup>lxiv</sup>

Darüber hinaus ist der Zusammenhalt durch den Prozess der Gentrifizierung gefährdet, welcher der räumlichen Segregation der Bevölkerung Vorschub leistet. Diese führt zu Vierteln mit einseitigen Bevölkerungsstrukturen und sich verstärkenden Missständen. Eine Stigmatisierung der dort lebenden Menschen kann die Folge sein. Gerade im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt reicht es deshalb nicht aus, für alle Bevölkerungsgruppen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Sondern es geht auch um die Aufgabe, Wohnquartiere mit einer sozialen Ausgewogenheit zu schaffen, in denen Integration gut gelingen kann. Auch gilt es periphere und strukturschwache Gebiete wieder attraktiv für die Bevölkerung zu machen.

### Forderungen:

Die oben aufgeführten Fakten zeigen, dass der Markt alleine nicht in der Lage ist, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Daher ist für eine soziale und bedarfsorientierte Wohnungspolitik staatliches Handeln notwendig. Dieses muss auf die spezifischen Bedarfe der regionalen Wohnungsmärkte reagieren und als gemeinschaftliche Aufgabe von Staat, Markt und zivilgesellschaftlichen Akteuren angelegt werden. Zudem darf sich Wohnungspolitik nicht auf Gemeindegrenzen beschränken, sondern sollte Pendlerverflechtungen mit in den Blick nehmen. Dabei muss der Fokus auf der Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle Bevölkerungsgruppen gelegt werden. Bisherige wohnungspolitische Instrumente zielten in erster Linie auf eine Intensivierung und Beschleunigung des Wohnungsbaus ab und versuchten, die Bezahlbarkeit anhand von Förderprogrammen zu erreichen. Die Wirkung dieser Maßnahmen war bislang jedoch begrenzt und wenig zielgerichtet. Wichtig wäre, gerade im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die meist quantitativen Kriterien durch qualitative Aspekte zu flankieren, wie heterogene Bewohnerstrukturen und deren Bedürfnisse sowie integrierte Konzepte im Sinne einer integrierten Stadt- und Regionalentwicklungspolitik und Sozialraumorientierung.<sup>lxv</sup>

### **Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus**

Des Weiteren gilt es, den sozialen Wohnungsbau deutlich auszuweiten. Nicht nur die Kommunen sollten hier verstärkt agieren, sondern auch Bund und Länder.<sup>lxvi</sup> Auf allen drei Ebenen stehen hierfür Instrumente zur Verfügung, die stärker genutzt werden sollten.

### **Integrierte Stadt- und Regionalentwicklungsplanung**

In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten sollen interkommunale und regionale Entwicklungskonzepte entworfen werden, um einer Segregation entgegenzuwirken und durch die Einbeziehung von Ballungsrandgebieten und Umlandgemeinden eine Entspannung zu fördern. Um die peripheren und strukturschwachen Gebiete attraktiv für Wirtschaft und Bevölkerung zu machen, gilt es, die Chancen der Digitalisierung und der modernen Verkehrssysteme zu nutzen. Auch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände sollten mit ihrer Expertise aktiv bei Prozessen der regionalen Wohnraumpolitik und Stadtentwicklung mitwirken.<sup>lxvii</sup>

### **Sozialraumorientierte Arbeit**

Sozialraumorientierung ist eine zukunftsweisende Option, um eine inklusive, teilhabeorientierte und solidarische Gesellschaft zu befördern. Das Leben und Aufwachsen im Quartier, Stadtteil oder Dorf mit seinen unterschiedlichen Voraussetzungen ist prägend für die Chancen seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Daher müssen alle relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik, Privatwirtschaft, Institutionen und Kirchen zusammenarbeiten und die Bewohnerinnen und Bewohner in Planungsprozesse und deren Umsetzung miteinbeziehen. Es geht darum, Identifikation zu schaffen, Verantwortung zu übernehmen sowie eine angemessene Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner zu erwirken.

### **3.7 Wanderung in und nach Europa**

#### Situation:

Derzeit gibt es weltweit ca. 245 Millionen Menschen, die nicht in ihrem Heimatland leben. Das sind in absoluten Zahlen so viele wie nie zuvor. Der prozentuale Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Weltbevölkerung liegt aber seit langem relativ konstant bei rund drei Prozent. Die Zahl der Flüchtlinge<sup>lxviii</sup>, die in einem anderen Land Schutz suchen, liegt bei 17,2 Millionen.<sup>lxix</sup> Der überwiegende Teil der Flüchtlinge bleibt jedoch in der Region und stellt im Zufluchtsland keinen förmlichen Asylantrag.

Deutschland mag nicht immer darum geworben haben, aber Einwanderung findet seit Jahrtausenden statt und war auch in den letzten Jahren nicht ungewöhnlich hoch. Zeiten mit besonders großen Zuwanderungszahlen waren beispielweise unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg durch die große Zahl an Flüchtlingen und Vertriebenen, in den 1950er und 1960er Jahren durch die Anwerbung der so genannten „Gastarbeiter(innen)“ oder nach dem Auseinanderfallen des Ostblocks und Jugoslawiens in den 1990er Jahren. Nachdem Anfang des 21. Jahrtausends die Zahlen insbesondere bei der Flüchtlingszuwanderung sehr gering waren, sind sie seit einigen Jahren wieder deutlich angestiegen. Das ist zum einen auf eine große Zahl der zuwandernden EU-Bürger(innen) sowie auf die hohe Anzahl von Asylsuchenden insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 zurückzuführen.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt in Deutschland derzeit bei ca. 22 Prozent. Rund die Hälfte dieser Menschen hat die deutsche Staatsangehörigkeit, die andere Hälfte sind Ausländer(innen).<sup>lxx</sup> Ende 2016 stammten 16,6 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, 52,6 Prozent aus einem anderen europäischen Land.<sup>lxxi</sup>

Der Einfluss religiöser Traditionen und die Zugehörigkeit zu einer nichtchristlichen Religion werden bei den Menschen mit Migrationshintergrund oft überschätzt. So ist der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland sowie bei Menschen mit Migrationshintergrund relativ ähnlich, der Anteil von Katholik(inn)en ist sogar nahezu deckungsgleich.<sup>lxxii</sup> Ende 2015 lebten einschließlich des hohen Anteils von Muslimen an den Asylsuchenden geschätzt 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, was einem Bevölkerungsanteil von ca. 5,7 Prozent entspricht.<sup>lxxiii</sup> Die in Deutschland lebenden Muslime orientieren sich in ihren Einstellungen und Lebensweisen mehrheitlich an demokratischen Werten. Generell decken Menschen mit Migrationshintergrund das gleiche Spektrum an Werteorientierungen und Milieus ab wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.<sup>lxxiv</sup>



Einwanderung wird in Deutschland mittlerweile mehrheitlich als gesellschaftliche Normalität anerkannt und das tägliche Mit- und manchmal auch Nebeneinander funktioniert meist ohne Probleme. Dessen ungeachtet kommt es immer wieder zu heftig geführten "Einwanderungs- und Integrationsdebatten", beispielsweise in den 1990 Jahren, als viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen und im Jahr 2015, als 890.000 Personen als Schutzsuchende nach Deutschland einreisten. Die Reaktionen in der Zivilgesellschaft auf die Flüchtlingszuwanderung seit 2015 waren und sind gespalten und reichen von Zustimmung über umfangreiche Unterstützungsangebote bis zu teils gewaltsamen Abwehrreaktionen. So sind 2015 beispielsweise Angriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte im Vergleich zu 2014 um das Fünffache auf 1031 Straftaten angestiegen, davon waren neun von zehn rechtsmotiviert. Zudem ist bei Straftaten gegen Asylunterkünfte ein höherer Anteil schwerer Straftaten zu beobachten.<sup>lxxv</sup>

Langzeitstudien zeigen zwar, dass Rassismus in Deutschland ein Dauerthema ist; dennoch hat sich seit 2014 die Stimmung zum Teil immens aufgeheizt.<sup>lxxvi</sup> Wer bei rassistischer Ausgrenzung oder Gewalt besonders im Fokus steht, unterliegt stetem Wandel: derzeit sind es vor allem Flüchtlinge und Muslime. Doch auch Menschen mit Migrationshintergrund, die zum Teil schon lange in Deutschland leben oder hier geboren sind, sowie schwarze Deutsche und Juden sind im Alltag mit Diskriminierung und fehlender Anerkennung konfrontiert.

### Bewertung:

Die Folgen von Zuwanderung stellen die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Denn durch die zunehmend diverse ethnische, religiöse und kulturelle Zusammensetzung der Eingewanderten wird die aktuelle Zuwanderung die Gesellschaft Deutschlands in kultureller, sozialstruktureller und institutioneller Hinsicht spürbar verändern. Es gibt praktische Probleme wie beispielsweise die oben bereits angesprochen Aspekte im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt. Schwieriger ist es jedoch, mit der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und dem längst nicht mehr nur latenten Rassismus gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund umzugehen. Es gefährdet die individuelle Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn Menschen abhängig von ihrer Abstammung, ihrer Muttersprache oder ihrer Religionszugehörigkeit nicht als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft wahrgenommen werden. Mit populistischen Behauptungen, der Staat solle sich mehr um Zugewanderte als um Einheimische kümmern, wird ein Keil in die Gesellschaft getrieben. Schädlich für gesellschaftliche Kohäsion ist zudem die Vorstellung, eine Gesellschaft vertrage nur ein einmal festgelegtes Maß an Migration und Vielfalt. Studien und der Alltag in vielen Einwanderungsländern zeigen, dass nicht Migration oder Heterogenität den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, sondern ein unzeitgemäßes Verständnis des „Wir“. Ganz im Gegenteil, es kann sogar ein positiver Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und dem Anteil von Migrant(inn)en in der Bevölkerung nachgewiesen werden.<sup>lxxvii</sup> Hieraus wird ersichtlich, dass es für einen starken Zusammenhalt keine homogene Bevölkerung braucht, sondern dass sich gerade aus der Vielfalt an Lebensweisen und -situationen Chancen für Solidarität ergeben.

Das Erstarken populistischer Strömungen, die Zunahme offener Gewaltbereitschaft und des Alltagsrassismus, die zunehmende Verrohung der Sprache sind Zeichen, die ebenso ernst genommen werden müssen.<sup>lxxviii</sup> Als Reaktion grenzen sich die Zugewanderten ihrerseits teilweise

ab. Auch Angst schadet dem Zusammenhalt, da sie zu Abschottung führt. Wer Angst hat, sieht „die Anderen“ nicht als Partner in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, sondern schlimmstenfalls als Gegner. Es gilt daher, sich mit vorhandenen Ängsten bei Einheimischen und bei Zugewanderten auseinanderzusetzen. Ängste ernst zu nehmen, heißt aber nicht, dass Fehlverhalten nicht benannt und Ausgrenzung und Vorurteilen nicht aktiv entgegengewirkt werden muss.

#### Forderungen:

Die Herausforderungen durch Zuwanderung bilden eine Chance, Änderungen in sozialpolitischen Handlungsfeldern der Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik sowie des Schul- und Ausbildungssystems anzugehen. Somit könnte die hohe Flüchtlingszuwanderung als Katalysator für längst überfällige Prozesse dienen und positive Effekte mit sich bringen.

Um der gewachsenen Vielfalt gerecht zu werden, müssen sich die Gesellschaft und ihre Institutionen öffnen. Dies sollte mit Beteiligung der Betroffenen geschehen. Die Grundlagen des Zusammenlebens müssen im gemeinsamen Diskurs gefunden werden. Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Interessensvertreter(innen) müssen als gleichwertige Partner an der Umgestaltung beteiligt sein. Wichtig ist es daher, Kontakt und Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen und mit der Politik zu verstärken. Ein gelingendes Zusammenleben ist ein fortlaufender Prozess, der Bemühungen und Aushandlungsbereitschaft aller erfordert. Dazu kommt die Einforderung besserer ausländer-, arbeits- und sozialrechtlicher Rahmenbedingungen sowie größere Partizipationschancen.

Die interkulturelle Öffnung von Behörden, von Hilfs-, Beratungs- und Versorgungsangeboten, von Bildungseinrichtungen, von Vereinen und anderen sozialen Organisationen sowie der Arbeitswelt wird eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft sein. Erforderlich sind ein Überdenken der Angebote, der Abbau von Zugangsbarrieren und der Erwerb interkultureller Kompetenzen bei allen Beschäftigten einschließlich der Leitungsebene. Für Einzelne – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – bedeuten die gesellschaftlichen Veränderungen, Einstellungen und Verhalten an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen zu müssen. Dafür braucht es neben Information vor allem Zeit und Raum für Austausch und Reflexion. Die Kirche und ihre Caritas werden sich in diesem Kontext einbringen und entsprechende Angebote machen.

#### **4. Fazit**

Das vorliegende Papier analysiert wichtige Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland in Zeiten des Wandels und benennt Stellschrauben, an denen in Zukunft im Sinne einer weiterhin stabilen sozialen Kohäsion gearbeitet werden muss. Gleichzeitig wird versucht, gesellschaftsaufbauende und einende Handlungsfelder aufzuzeigen, um damit nicht nur die Vision einer Gesellschaft in Vielfalt zu benennen, sondern konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zu verdeutlichen. Dies ist ein Beitrag dazu, die Kraft und Dynamik der Vielfalt und ihrer Chancen in Vordergrund zu stellen. Denn die heutige Zeit ist geprägt durch Globalisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und Entgrenzung. In ihrem Zusammenspiel führen die dynamischen Veränderungen in Teilen der Bevölkerung vermehrt zu Überforderung und Unsicherheit. Der demografische Wandel, die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft ebenso wie die Zuwanderung,

verstärken diese Prozesse. Die Suche nach dem eigenen Platz in der Gesellschaft oder die Angst um diesen geht stellenweise einher mit einer abnehmenden Toleranzbereitschaft. Die Angst, vergessen oder „überrollt“ zu werden führt dazu, dass Menschen als einzige Lösung die Abgrenzung von der neuen Vielfalt und die Einschränkung auf das Bekannte sehen. Die Chancen einer pluralen Gesellschaft werden häufig ausgeblendet und populistische Bewegungen heben deren Risiken hervor. Die Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen neu vereinbart werden.

### **Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts**

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist Ausdruck für die Qualität des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. Die normative Basis des Zusammenlebens wird durch ein gemeinsames Wertefundament gelegt, auf das sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 70 Jahren „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ bezogen haben. Das Grundrecht auf Achtung der Menschenwürde steht im Mittelpunkt. Es gilt nicht nur gegenüber dem Staat, sondern begründet moralische Pflichten in den alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen. Zudem schützen die Grundrechte individuelle Freiheits- und Beteiligungsrechte und zielen darauf, jeder und jedem Einzelnen - unabhängig von Geschlecht, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit und anderen Unterscheidungskriterien - ein gelingendes Leben zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen politisch mitzugestalten. Dabei findet die individuelle Freiheit ihre verfassungsimmanenten Schranken an den Grundrechten anderer und am Gemeinwohl. Gleichzeitig wird durch das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und die Formulierung des politischen Ziels, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, eine Pflicht des Staates begründet, die materiellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Rechte zu schaffen. Exekutive und Legislative müssen aktiv werden, um in allen Bereichen unserer Gesellschaft – unter anderem Bildung, Politik, Arbeits- und Wohnungsmarkt – gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit herzustellen. Rechtliche Grundlagen und staatliche Angebote sind notwendige, nicht hinreichende Bedingung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. So braucht es darüber hinaus in der Bevölkerung ein Verständnis von Gesellschaft, das von Toleranz geprägt ist und nach dem alle Menschen gleichwertige Teile der Gesellschaft sind. Es braucht ein Bewusstsein für das Aufeinander-angewiesen-Sein trotz oder gerade wegen der Heterogenität unserer Gesellschaft und der Verhältnisse in der Welt. Den Wohlfahrtsverbänden kommt als gemeinwohlorientiertes „Gerüst der sozialen Infrastruktur“ dabei eine besondere Verantwortung zu.

### **Sozialer Ausgleich**

Die ungenügende soziale Aufwärts-Mobilität, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung, die regional unterschiedlichen Lebensverhältnisse sowie die in subjektiver Wahrnehmung wachsende Ungerechtigkeit weisen auf Missstände im Bereich des sozialen Ausgleichs hin, die durch eine befähigende Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik mit Fokus auf Prävention und Inklusion angegangen werden müssen. Hierfür müssen hinreichend Ressourcen zur Verfügung stehen, Kooperationen zwischen den Hilfesystemen gestärkt werden und auch Übergänge zwischen den Bildungs- und Ausbildungssystemen sowie dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Die für den Zusammenhalt der Gesellschaft elementare Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme muss ebenso wie die Daseinsvorsorge zukunftsfähig gewährleistet sein. Steuerpolitische Maßnahmen, wie die Anhebung der Einkommensteuersätze auf hohe Einkommen, die Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine wirksame Besteuerung hoher Erb-

schaften können flankierend dazu beitragen, materieller Ungleichheit in Deutschland entgegenzuwirken.

## **Öffentliche Debatte**

Die öffentliche Debatte ist, forciert durch gesellschaftliche Veränderungen sowie die Verlagerung von Kommunikationsräumen in die digitale Welt, durch (sprachliche) Polarisierung und Verrohung gefährdet. Im Rahmen einer verständigungsorientierten Kommunikation muss zurückgefunden werden zu einer sachlichen Argumentation, die unterschiedliche Perspektiven zulässt und berücksichtigt. Hierfür gilt es die sachliche Debatte zwischen Menschen zu stärken und im öffentlichen Raum niedrigschwellig zugängliche Settings zu entwickeln, die Informationen bereitstellen, Aufklärung und Orientierung schaffen sowie Begegnung ermöglichen, um Vorurteile abzubauen. Hier müssen auch die Kirche und ihre Caritas sichtbarer und wirkungsvoller werden. Orte der Caritas, wie Familienzentren oder Beratungsstellen, haben on- und offline den Auftrag als Orte der Begegnung zu einer offenen Debattenkultur beizutragen. Die Kirchen haben – nicht nur im interreligiösen Dialog - einen eigenen Auftrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

## **Freiwilliges Engagement**

Freiwilliges Engagement spielt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine bedeutende Rolle. Damit ist es nicht nur eine zentrale Form der sozialen Teilhabe, sondern ermöglicht diese auch. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, engagementfördernde Rahmenbedingungen (auch finanziell) zu sichern und so genügend Raum für eine freie Entfaltung des freiwilligen Engagements zu schaffen. Dazu gehört auch die Förderung von digitalen Plattformen für Engagierte. Im Kontext der Kirche und ihrer Caritas kann und muss freiwilliges Engagement zum Wohl aller weiter gestärkt werden. Der Anteil freiwillig engagierter Personen in der deutschen Bevölkerung ist nicht gleich verteilt, sondern hängt stark von Alter und sozioökonomischem Status der Personen ab. Unterschiedliche Engagementpotenziale können mit unterschiedlichen Angeboten entfaltet werden, es sind Zugänge auch für bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu eröffnen. Die Dienste und Einrichtungen der Caritas müssen die Ideen Freiwilliger aktiv einbeziehen und ihre Vorstellungen bei der Gestaltung und Ausrichtung von Dienstleistungen, Angeboten und Aktivitäten berücksichtigen. Dies kann eine Neuausrichtung der Dienste und Einrichtungen in ihrer Rolle als „Solidaritätsstifter und Anwalt“ im Sinne der Stärkung von Eigeninitiative und Selbsthilfe vor Ort erfordern, damit sie erfolgreich als Brückenbauer zwischen den Freiwilligen und den anderen Akteuren im Sozialraum fungieren können.

## **Bildung**

Der Bildungserfolg in Deutschland darf nicht von der sozialen Herkunft abhängig sein. Gleiche Bildungschancen unabhängig von Geschlecht und Herkunft sind die Grundvoraussetzung einer inklusiven Gesellschaft. Sie sind von entscheidender Bedeutung, um ein gelingendes Leben zu führen, Benachteiligung im Erwachsenenalter zu vermeiden und jungen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ein chancengerechtes Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen benötigt eine auf individuelle und ganzheitliche Förderung ausgerichtete Pädago-

gik, flächendeckende Angebote im Rahmen der Schulsozialarbeit sowie Kooperationen mit den außerschulischen Unterstützungssystemen und Einrichtungen im Sozialraum der Kinder und Jugendlichen. Es gilt, kommunale Bildungslandschaften aufzubauen mit dem Ziel, Schulen, Kitas und außerschulische Bildungseinrichtungen in einen Wirkungszusammenhang zu bringen. Das Lernen im digitalen Wandel muss bei der weiteren Gestaltung des Bildungswesens in allen Bildungsbereichen miteinbezogen werden.

### **Gute Arbeit**

Erwerbstätigkeit ist essentiell für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Teilhabegeanke im Sinne eines sozialen Arbeitsmarktes muss in den arbeitsmarktpolitischen Gesetzbüchern verankert und umgesetzt werden, um den Rechtsanspruch aller auf Teilhabe durch Arbeit zu sichern. Für die große Zahl von Langzeitarbeitslosen müssen passende Förderprogramme in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden. Um auf die sich verändernden Bedingungen am Arbeitsmarkt im Zuge der Digitalisierung und der Zuwanderung vorbereitet zu sein, gilt es, entsprechende Weiterbildungsangebote zu entwickeln, Förderprogramme an die neuen Bedingungen anzupassen und lebenslange Weiterbildung zu fördern. Im Bereich des Arbeitsmarktes selbst muss der Fokus verstärkt auf Prävention, nachhaltiger Integration und guter Arbeit liegen. In besonderer Weise gilt dies für junge Menschen, die beim Schulabschluss, der Ausbildung und dem Berufseinstieg Unterstützung brauchen. Darüber hinaus muss es noch besser möglich sein Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung können mit ihren Flexibilitätspotenzialen große Chancen bieten, mit den mit ihr einhergehenden Entgrenzungen - Entbetrieblichung und Hybridisierung - erfordern sie zugleich neue sozial- und arbeitsrechtliche Einhegungen.

### **Wohnen**

Wohnen ist ein Menschenrecht. Seine Gewährleistung ist von erheblichen sozialen und regionalen Unterschieden geprägt, die bei einer sozialen und bedarfsorientierten Wohnungspolitik mitberücksichtigt werden müssen. Während in manchen strukturschwachen Räumen und ländlichen Gebieten Abwanderung und Leerstand das Bild prägen, weisen städtische, wirtschaftsstarke Gebiete Wohnungsnot und stark steigenden Mieten auf. In diesen Gebieten bedarf es politischer Maßnahmen, um die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen, räumlicher Segregation entgegenzuwirken und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine soziale und bedarfsorientierte Wohnungspolitik muss auf die Schaffung preisgünstigen Wohnraums zielen. Hierfür muss nicht zuletzt der soziale Wohnungsbau deutlich ausgeweitet werden. Gemeinnützige Genossenschaften und andere Träger gemeinwohlorientierten Wohnens sollten bei der Grundstücksvergabe besonders berücksichtigt werden. Durch eine integrierte Stadt- und Regionalentwicklungsplanung kann Segregation entgegengewirkt werden. Nachverdichtungspotenziale sollten in allen, nicht nur in den ohnehin belasteten Stadtteilen genutzt werden. Reichen diese nicht aus, kommt die Entwicklung von neuen Stadtteilen in Betracht. Die frühzeitige Beteiligung der Einwohner(innen) hilft, die Akzeptanz zu erhöhen und bessere Ergebnisse zu erzielen. Auch Sozialraumorientierung kann eine teilhabeorientierte und solidarische Gesellschaft befördern, indem alle relevanten Akteure aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in Planungsprozesse und deren Umsetzung miteinbezogen werden. Auch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände sollten mit ihrer Expertise aktiv bei Prozessen der regionalen Wohnraumpolitik und Stadtentwicklung mitwirken. Chancen der Digitali-

sierung und der modernen Verkehrssysteme müssen genutzt werden, um auch periphere und als „strukturschwach“ geltende Gebiete attraktiv für Wirtschaft und Bevölkerung zu machen.

## Zuwanderung

Angesichts der zunehmend diversen ethnischen, religiösen und kulturellen Zusammensetzung nicht nur der schon länger ansässigen Bevölkerung, sondern auch der neu Zuwandernden erwartet die Gesellschaften Europas ein spürbarer Veränderungsprozess, den es zu gestalten gilt. Um negativen Effekten vorzubeugen, müssen für die praktischen Herausforderungen, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungsbereich, tragfähige Lösungen entwickelt werden. Gleichzeitig kann die Zuwanderung als Katalysator für längst überfällige Änderungsprozesse wirken. Um die Chancen der Zuwanderung für die Gesellschaft zu entfalten, müssen bessere ausländer-, arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen eingefordert und Partizipationschancen weiter ausgebaut werden. Dazu ist die interkulturelle Öffnung von Institutionen und Vereinen ebenso unabdingbar, wie der Abbau von Vorbehalten und Ausgrenzung. Dafür braucht es neben Information vor allem Zeit und Raum für Austausch und Reflexion. Die Kirche und ihre Caritas werden sich in Deutschland und Europa einbringen und mit ihren Angeboten für eine Kultur des respektvollen Miteinanders eintreten.

## Ausblick

Die Gesellschaften der Zukunft sind Gesellschaften der Vielfalt und der stetigen Veränderung. Die erforderlichen Anpassungsprozesse stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen, die umso eher gelingen, je stärker die vielfältigen Chancen sichtbar und gestaltbar werden und allen Menschen offen stehen. Ein widerständiges Aussitzen der Veränderungen hätte negative Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa und damit auf das Leben der Menschen in all seinen Facetten. Ziel unserer Bemühungen sollte daher eine inklusive Gesellschaft sein, welche die damit verbundenen Herausforderungen nicht ausblendet, die Chancen von Veränderungsprozessen erkennt, diese zum Wohle der Gemeinschaft nutzt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Kommission Sozialpolitik und Gesellschaft, 19.10.2017

---

<sup>i</sup> Unzicker, Kai: Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält, in: Der Kitt der Gesellschaft, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2016, 11-35.

<sup>ii</sup> Sachweh, Patrick: Gerechtigkeitsempfinden. Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit, in: Der Kitt der Gesellschaft, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2016, 207-251.

<sup>iii</sup> Jaschke, Hans-Gerd: Bedingungsfaktoren des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Berlin 2009, 7. Online abgerufen am 28.07.2017 unter <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/63013/gezu.pdf?sequence=1&isAllowed=y>.

<sup>iv</sup> Heckmann, Friedrich: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden 2015.

<sup>v</sup> Dragolov, Georgi; Ignác, Zsófia et al.: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2014, 14-17. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie\\_LW\\_Radar\\_Deutschland\\_2014.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Radar_Deutschland_2014.pdf)

<sup>vi</sup> Das vorliegende Dokument nutzt den Begriff „freiwilliges Engagement“ im Sinne der Eckpunkte zum bürgerschaftlichen Engagement im Verständnis der Caritas. Gemeint ist eine Form der Umsetzung des ethischen Leitprinzips der

---

selbstbestimmten Teilhabe und der freiwilligen Übernahme von Mitverantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben. Es bezieht ausdrücklich auch in Deutschland lebende Ausländer(innen) ein. Vgl. auch im Folgenden: Deutscher Caritasverband: Eckpunkte zum bürgerschaftlichen Engagement im Verständnis der Caritas, in: neue caritas (21/2014), I-IV.

<sup>vii</sup> Deutscher Caritasverband: Bedingungen für Solidarität. Aspekte von Solidarität, die im Rahmen der Initiative Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt bearbeitet werden, in: neue caritas (20/2011), 32-37.

<sup>viii</sup> Der Begriff Migrationshintergrund wird vom Statistischen Bundesamt geprägt und umfasst nach 1949 eingewanderte Deutsche und Ausländer(innen) sowie in Deutschland geborene Ausländer(innen), eingebürgerte Personen und Personen mit mindestens einem eingewanderten oder ausländischen Elternteil. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016 –, Fachserie 1 Reihe 2.2, 1. August 2017, 4.

<sup>ix</sup> Pries, Ludger: Migration gefährdet nicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, in: neue caritas, Migration und Integration – Info, Info 4, 2014, 3.

<sup>x</sup> Laut der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck bei einer Einbürgerungsfeier anlässlich 65 Jahre Grundgesetz am 22. Mai 2014 im Schloss Bellevue, abgerufen unter:

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/05/140522-Einbuengerung-Integration.html> am 11.07.2017

<sup>xi</sup> Unzicker, Kai: Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält, in: Der Kitt der Gesellschaft, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2016, 11-35, 16.

<sup>xii</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2017, 125. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

<sup>xiii</sup> Spannagel, Dorothee: Soziale Mobilität nimmt weiter ab. WSI-Verteilungsbericht 2016. WSI-Report Nr. 31 (10/2016).

<sup>xiv</sup> Vgl. Schnitzlein, Daniel: Wenig Chancengleichheit in Deutschland. Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg, in: Herkunft prägt beruflichen Erfolg, DIW Wochenbericht (4/2013), 3-9.

<sup>xv</sup> Cremer, Georg: Armut in Deutschland. München 2016.

<sup>xvi</sup> Kostka, Ulrike; Riedl, Anna Maria: Nur wer sich einbringen kann, gehört dazu, in: neue caritas (12/2009), 21-25.

<sup>xvii</sup> Dragolov, Georgi; Ignác, Zsófia et al.: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2014, 56-58.

<sup>xviii</sup> Schiefer, David; van der Noll, Jolanda: Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh, 2012, 67

<sup>xix</sup> Bosch, Gerhard; Thorsten Kalinka: Das Ende der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Die deutsche Mittelschicht unter Druck. IAQ-Forschung (01/2015). Online abgerufen am 01.08.2017 unter <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/2015/fo2015-01.pdf>

<sup>xx</sup> Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Freiburg 2016. Online abgerufen am 01.08.2017 unter

[https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahmen/stellungnahme-zum-en5/5\\_narb\\_caritas\\_dcv\\_stellungnahme.pdf?d=a&f=pdf](https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahmen/stellungnahme-zum-en5/5_narb_caritas_dcv_stellungnahme.pdf?d=a&f=pdf).

<sup>xxi</sup> Cremer, Georg: Armut in Deutschland. München 2016.

<sup>xxii</sup> Cremer, Georg: Armut in Deutschland. München 2016.

<sup>xxiii</sup> Häusler, Alexander: Das neue Aufbegehren von rechts, in: neue caritas (20/2016), 14-17; Schellenberg, Britta: Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede. Online abgerufen am 31.07.2017 unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede>.

<sup>xxiv</sup> Siehe dazu auch Punkt 3.7.

<sup>xxv</sup> Unzicker, Kai: Deutschland und die Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge, in: Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2016, 11-34.

<sup>xxvi</sup> Als Beispiel hierfür kann das vom BAMF und Europarat geförderte Projekt „Nürnberg ist bunt“ mit dem Ziel der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts dienen. Durch Bewusstseins- und Aufklärungsarbeit soll eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung gefördert werden, indem Vorurteilen über kulturelle Vielfalt und Folgeerscheinungen wie Diskriminierung entgegen gewirkt wird. Weitere Informationen zum Projekt unter <https://nuernberg-ist-bunt.nuernberg.de/>

<sup>xxvii</sup> Simonson, Julia; Vogel, Claudia et al.: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Berlin 2016, 16. Hier finden sich auch genauere Zahlen zu den oben beschriebenen Tendenzen.

<sup>xxviii</sup> Simonson, Julia; Vogel, Claudia et al.: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, hg. vom BMFSFJ. Berlin 2016, 16-20.

<sup>xxix</sup> Simonson, Julia; Vogel, Claudia et al.: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys, hg. vom BMFSFJ. Berlin 2016, 16-20.

- <sup>xxx</sup> Karakayali, Serhat et al.: EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin 2016, 25. Abgerufen am 19.04.2017 unter [www.bim.hu-berlin.de/media/Studie\\_EFA2\\_BIM\\_11082016\\_V%C3%96.pdf](http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf).
- <sup>xxxi</sup> Han-Broich, Misun: Engagement in der Flüchtlingshilfe, in: APuZ (14-15/2015), 43-49.
- <sup>xxxii</sup> Ansätze, die unkompliziert und unbürokratisch freiwilliges Engagement unterstützen, sind zum Beispiel der Hamburger Fonds „Flüchtlinge & Ehrenamt“ oder der Fonds „Willkommenskultur“ in Sachsen-Anhalt (Stand August 2017).
- <sup>xxxiii</sup> Deutscher Caritasverband: Eckpunkte zum bürgerschaftlichen Engagement im Verständnis der Caritas, in: neue caritas (21/2014), I-IV.
- <sup>xxxiv</sup> Gesemann, Frank; Roth, Roland: Engagement im Quartier, hg. von Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). BBSR-Online-Publikation (04/2015). Bonn 2015. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL\\_ON042015.pdf?blob=publicationFile&v=3](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2015/DL_ON042015.pdf?blob=publicationFile&v=3)
- <sup>xxxv</sup> OECD: Pisa 2015 Ergebnisse. Ländernotiz Deutschland, 7-8. Online abgerufen am 12.09.2017 unter [http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oeecd/education/pisa-2015-ergebnisse-band-i/deutschland\\_9789264267879-20-de#page1](http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oeecd/education/pisa-2015-ergebnisse-band-i/deutschland_9789264267879-20-de#page1).
- <sup>xxxvi</sup> Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Freiburg 2016.
- <sup>xxxvii</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2016, 163 ff.
- <sup>xxxviii</sup> Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Freiburg 2016.
- <sup>xxxix</sup> BMFSFJ (2015): Fünfter Bericht zur Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes. Kurzfassung. Abgerufen am 19.04.2017 unter <https://www.bmfsfj.de/blob/94098/014b02c859595ddc9abd8373ea6a5217/kifoeg-fuenfter-bericht-zur-evaluation-des-kinderfoerderungsgesetzes-kurzfassung-data.pdf>.
- <sup>xl</sup> BMFSFJ: Fünfter Bericht zur Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes. Kurzfassung. Berlin 2015. Abgerufen am 19.04.2017 unter <https://www.bmfsfj.de/blob/94098/014b02c859595ddc9abd8373ea6a5217/kifoeg-fuenfter-bericht-zur-evaluation-des-kinderfoerderungsgesetzes-kurzfassung-data.pdf>.
- <sup>xli</sup> Arnoldt, Bettina; Decristan, Jasmin et al.: Ganztagschule 2014/2015. Deskriptive Befunde einer bundesweiten Befragung, hg. vom StEG-Konsortium 2015. Frankfurt/M. u.a. 2015. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [https://www.projekt-steg.de/sites/default/files/StEG\\_Bundesbericht%202015\\_final\\_0.pdf](https://www.projekt-steg.de/sites/default/files/StEG_Bundesbericht%202015_final_0.pdf)
- <sup>xlii</sup> Deutscher Caritasverband: Herausforderungen der Flüchtlingsfrage für die Sozialpolitik in Deutschland (Position). Online abgerufen am 01.08.2017 unter [https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahmen/herausforderungen-de/dcv\\_position\\_herausforderungen\\_fluechtlingsfrage\\_sozialpolitik\\_2016-2-29.pdf?d=a&f=pdf](https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahmen/herausforderungen-de/dcv_position_herausforderungen_fluechtlingsfrage_sozialpolitik_2016-2-29.pdf?d=a&f=pdf)
- <sup>xliii</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Weißbuch Arbeiten 4.0. Berlin 2017, 8.
- <sup>xliiv</sup> BMAS: Weißbuch Arbeiten 4.0. Berlin 2017, 9.
- <sup>xli v</sup> Brücker, Herbert: Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildungsstand, hg. von Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). IAB aktueller Bericht (6/2016). Online abgerufen am 01.08.2017 unter [http://doku.iab.de/aktuell/2016/aktueller\\_bericht\\_1606.pdf](http://doku.iab.de/aktuell/2016/aktueller_bericht_1606.pdf).
- <sup>xli vi</sup> BMAS: Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2017.
- <sup>xli vii</sup> Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zur Unterrichtung des BMAS „Chancen eröffnen - soziale Teilhabe sichern“. Freiburg 2015. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [http://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahme-langze/stellungnahme\\_anhoerung\\_lza\\_18052015.pdf?d=a&f=pdf](http://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahme-langze/stellungnahme_anhoerung_lza_18052015.pdf?d=a&f=pdf)
- <sup>xli viii</sup> Deutscher Caritasverband: Stellungnahme zum Entwurf des 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Freiburg 2016.
- <sup>xli ix</sup> Deutscher Caritasverband: Prävention von Wohnungslosigkeit und Verbesserung bestehender Hilfesysteme (Position Wohnungslosenhilfe). Freiburg 2016.
- <sup>i</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 33.
- <sup>ii</sup> Sachs, Andreas; Hoch Markus et al: Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben zwischen 1998 und 2013, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2017, 17.
- <sup>iii</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 28.
- <sup>liii</sup> Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016: Gutes Zusammenleben im Quartier. Online abgerufen am 24.04.2017 unter [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Nationale\\_Stadtentwicklung/stadtentwicklungsbericht\\_breg\\_2016\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/stadtentwicklungsbericht_breg_2016_bf.pdf).
- <sup>li v</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 6.



- <sup>lv</sup> Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Aktuelle Trends der Wohnungsbautätigkeit in Deutschland – Wer baut wo welche Wohnungen?, hg. von BBSR. Bonn 2016. Online abgerufen am 14.08.2017 unter [http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/wohnungsbautaetigkeit-deutschland-dl.pdf;jsessionid=C931428BD5B8776ACD6E95928A63A753.live11291?\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2017/wohnungsbautaetigkeit-deutschland-dl.pdf;jsessionid=C931428BD5B8776ACD6E95928A63A753.live11291?_blob=publicationFile&v=2).
- <sup>lvi</sup> GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen: Ergebnisse der Umfrage Wohnungsneubau. Ergänzungsumfrage zur GdW Jahresstatistik 2010. Berlin 2012, 15-16. Online abgerufen am 07.08.2017 unter [http://web.gdw.de/uploads/pdf/publikationen/120100\\_GdW\\_Umfrage\\_Wohnungsneubau.pdf](http://web.gdw.de/uploads/pdf/publikationen/120100_GdW_Umfrage_Wohnungsneubau.pdf).
- <sup>lvii</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 7.
- <sup>lviii</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 8.
- <sup>lix</sup> Koch, Tobias; Ehrentraut, Oliver et al.: Wohnraumbedarf in Deutschland und den regionalen Wohnungsmärkten. Endbericht, erstellt von prognos, in Auftrag gegeben durch Verbändebündnis Wohnungsbau (2017), 8.
- <sup>lx</sup> BMUB: Pressemeldung der Ministerin Hendricks vom 28.06.17; abgerufen unter: <http://www.bmub.bund.de/pressemeldung/hendricks-25000-neue-sozialwohnungen-sind-gut-aber-wir-brauchen-noch-viel-mehr/>.
- <sup>lxi</sup> Deutscher Caritasverband: Position zur Erhöhung des Wohnungsangebots auf angespannten Wohnungsmärkten für Personen mit geringem Einkommen. Freiburg 2015.
- <sup>lxii</sup> Deutscher Caritasverband: Position zur Erhöhung des Wohnungsangebots auf angespannten Wohnungsmärkten für Personen mit geringem Einkommen. Freiburg 2015.
- <sup>lxiii</sup> Für weitere Informationen zur Studie siehe <https://www.hanna-und-ismail.de/>. Ähnliche Phänomene der Diskriminierung wurden bei vergleichbaren Studien auf dem Arbeitsmarkt in Zusammenhang mit Vorstellungsgesprächen beobachtet.
- <sup>lxiv</sup> Sachs, Andreas; Hoch Markus et al: Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten? Veränderungen von Einkommen und Konsumausgaben zwischen 1998 und 2013, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2017.
- <sup>lxv</sup> Aring, Jürgen; Bunzel, Arno et.al.: Wohnungspolitik neu positionieren. Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik. Berlin 2016. Abgerufen am 19.04.2017 unter [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/07\\_presse/PDFs/PDF\\_ab\\_15/Plaedoyer\\_Wohnungspolitik\\_August\\_2016.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/PDF_ab_15/Plaedoyer_Wohnungspolitik_August_2016.pdf).
- <sup>lxvi</sup> Aring, Jürgen; Bunzel, Arno et.al.: Wohnungspolitik neu positionieren. Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik. Berlin 2016. Abgerufen am 19.04.2017 unter [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/07\\_presse/PDFs/PDF\\_ab\\_15/Plaedoyer\\_Wohnungspolitik\\_August\\_2016.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/PDF_ab_15/Plaedoyer_Wohnungspolitik_August_2016.pdf).
- <sup>lxvii</sup> Deutscher Caritasverband: Impulspapier „Zukunft auf dem Land“ – Forderungen und Empfehlungen an Politik und Caritas. Freiburg 2014. Online abgerufen am 14.08.2017 unter [https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/kampagnen/2015/forderungen/impulspapier-zukunft/impulspapier\\_kampagne-2015.pdf?d=a&f=pdf](https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/kampagnen/2015/forderungen/impulspapier-zukunft/impulspapier_kampagne-2015.pdf?d=a&f=pdf).
- <sup>lxviii</sup> Mit dem Begriff Flüchtlinge sind im Folgenden Menschen gemeint, die entweder vor politischer Verfolgung oder vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen.
- <sup>lxix</sup> In der oft genannten Zahl von 65 Millionen Flüchtlingen sind auch Binnenvertriebene und 5,2 Millionen Palästinensische Flüchtlinge unter UNRWA erfasst: <http://www.unhcr.de/service/zahlen-und-statistiken.html>.
- <sup>lxx</sup> Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016 –, Fachserie 1 Reihe 2.2, 1. August 2017, 37.
- <sup>lxxi</sup> Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit . Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Fachserie 1 Reihe 2.2, August 2017, 63.
- <sup>lxxii</sup> El-Menouar Yasemin; Kösemen, Orkan et al.: Religionsmonitor. Einwanderung und Vielfalt (Factsheet), hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2016. Online abgerufen am 01.08.2017 unter [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51\\_Religionsmonitor/BST\\_Factsheet\\_Einwanderungsland\\_Deutschland.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/BST_Factsheet_Einwanderungsland_Deutschland.pdf)
- <sup>lxxiii</sup> Siehe dazu die Hochrechnung auf der Seite der Deutschen Islam Konferenz: <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Lebenswelten/ZahlMLD/zahl-mld-node.html>.
- <sup>lxxiv</sup> SINUS SOCIOVISION: Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland. Heidelberg 2008. Online abgerufen am 01.08.2017 unter <http://www.sinus-institut.de/veroeffentlichungen/downloads/download/zentrale-ergebnisse-der-sinus-studie-ueber-migranten-milieus-in-deutschland-2008/download-file/180/download-a/download/download-c/Category/>; Siehe ebenso [http://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/migranten-bilden-keine-einheit?searchterm=sinus+studie](http://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/migration/migranten-bilden-keine-einheit?searchterm=sinus+studie;); [http://www.sinus-institut.de/uploads/tx\\_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus\\_Zentrale\\_Ergebnisse\\_09122008.pdf](http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf); <http://www.sinus-akademie.de/service/downloads/migration.html>;
- <sup>lxxv</sup> BMI: Polizeiliche Kriminalstatistik und Fallzahlen. Politisch Motivierte Kriminalität 2015, Pressemitteilung 23.05.2016. Online abgerufen am 26.05.2017 unter <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>.

---

<sup>lxxvi</sup> Zick, Andreas; Küpper, Beate et.al: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, hg. von Ralf Melzer für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 2016.

<sup>lxxvii</sup> Dragolov, Georgi; Ignácz, Zsófia et al.: Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, hg. von der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh 2014.

<sup>lxxviii</sup> Siehe dazu auch Punkt 3.2.